Freitag, den 21. Juli 1922.

Bochumer Zeitung
Märkischer Sprecher

94. Jahrgang. — Nr. 168.

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt
Amtliches Kreisblatt für Stadt- und Landkreis Bochum

Druck und Verlag: Buchdruckerei Wilh. Stumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.
Geschäftsstelle: Buddenbergstr. 11, Fernsprecher 125. — Postscheckkonto Dortmund Nr. 3695.
Schriftleitung: Buddenbergstr. 4. Fernsprecher 3875.

Bezugspreis: In Bochum u. Umgebung monatlich 35.— Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 105.— Mk., monatlich 35.— Mk., tret Haus. — Erscheint an allen Werktagen morgens. — Für unverlangte Einsendungen haftet die Schriftleitung nicht. Rückporto ist beizufügen. — Sprechstunden der Schriftleitung von 11—12 Uhr vorm. und 5—6 Uhr nachmittags. — Im Falle höherer Gewalt, auch durch Krieg oder Streiks verursacht, erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung und Leistung von Schadenersatz. — Kostenlose Unfallunterstützung von 300 Mk. nach Maßgabe unserer Bedingungen.

Anzeigenpreis: Im Verbreitungsbezirk 1.20 Mk., Familienanzeigen 1.00 Mk., Stellengesuche 80 Pfg., unterhalb 1.50 Mk., für 1 mm Höhe und 33 mm Spaltenbreite; im Reklameteil 77 mm Spaltenbreite 1 mm Höhe 8.— Mk. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Beilagengebühr nach Uebereinkunft. — Bei zwangsweiser Betreibung der Einziehungsgebühren durch Klage oder in Konkursfällen wird der bewilligte Rabatt hinfällig. — Annahmeschluß von Anzeigen abends 7 Uhr, für größere nachmittags 4 Uhr.

Die Vorgänge in Bayern.

Vor einer Landtagsauflösung.

München, 20. Juli. Ueber die politische Lage in Bayern, hervorgerufen durch die Berliner Ausnahmegesetzgebung sieht man heute schon klarer. Der Ministerrat tagte gestern von 10 Uhr vormittags bis in die späten Abendstunden mit einer zweistündigen Mittagspause. Im Laufe des Vormittags erstattete der bayerische Gesandte in Berlin, Dr. Preger eingehend Bericht, worauf dann, so verlautet, der bayerische Ministerpräsident dem Landtage bestimmte Vorschläge unterbreitete, die im Laufe des nachmittags Gegenstand eingehender Aussprache waren. Es versteht sich von selbst, daß der Ministerrat keine Beschlüsse gefaßt hat, sondern daß er zunächst die Haltung und Beschlüsse der Koalitionsparteien abwartet. Interessant ist, daß der Bayerische Bauernbund für nächsten Montag seine Vorstandschaft einberufen hat, während die Bayerische Volkspartei und die bayerischen Demokraten bereits morgen ihre Landesversammlung bezw. ihren Landesausschuß nach München gerufen haben. Die Bayerische Volkspartei wird, wie zuversichtlich verlautet, ihre Haltung dahin einstellen, daß auf keinen Fall eine Reichssprengung erfolgt, noch daß sich Bayern außerhalb des Reichsverbandes stellt. Die bayerische Volkspartei glaubt, daß zwischen Verrat am Reiche und Separation noch viele Möglichkeiten zu schöpfen seien, um die Interessen Bayerns zu wahren. Es darf nicht verschwiegen werden, daß ein Teil der Bayerischen Volkspartei mit dem Gedanken einer Landtagsauflösung spielt. Gegen diesen Gedanken würden selbstverständlich die bayerischen Bauernbündler und die Demokraten sein. Die Demokraten erklären in ihrer Korrespondenz, daß sie die Anwendung der Gesetze in völlig gleichmäßiger und gerechter Weise fordern, daß sie eine völlig unparteiische Durchführung der Bestimmungen verlangen und daß jeder immoralische Gesinnungszwang von ihnen auf das entschiedenste abgelehnt wird. Die rechtsstehenden Parteien würden eine Landtagsauflösung nur begrüßen. Die Mehrheitssozialisten erklären, daß sie einer Landtagsauflösung nicht widersprechen würden. Die USP. schweigt sich aus, die Kommunisten aber wittern Morgenluft und peitschen die Arbeiter zu neuem Aufruhr und zum Sturz der Republik auf. Die Kommunisten Südbayerns agitieren für Kontrollausschüsse in ganz Bayern, um auf diese Weise durch außerparlamentarische Mittel ihre politischen Geschäfte zu machen. Man wird trotz allem bei allem Verständnis für die Entrüstung über die Ausnahmegesetze, bei der grobschlächtigen Art der Regierung um das Verhältnis Bayerns zum Reich besorgt sein und auf alle separistischen Strömungen, denen die Durchführung der Angstgesetze ein weites Propagandafeld liefern muß, achten müssen. Die Landesversammlungen der Parteien werden eine volle Klärung herbeiführen müssen.

Der hessische Landtag zu den Ausschreitungen in Darmstadt.

Der hessische Landtag befaßte sich aus Anlaß der Etatsberatung auch mit den Ausschreitungen in Darmstadt.

Finanzminister Hennreich

sprach im Namen des Gesamtministeriums und als Vertreter der in Berlin gewesenen Mitglieder, des Staatspräsidenten und des Ministeriums des Innern sein Bedauern über die Vorgänge am 27. Juni in Darmstadt aus, drückte sein Mitgefühl mit den Abgeordneten Dr. Offan und Dingeldey wegen der ihnen bei dieser Gelegenheit zugefügten Unbill aus und gab im übrigen wegen dieser Vorfälle im Namen des Gesamtministeriums eine Erklärung ab. Danach waren die am 27. 6. in Darmstadt anwesenden Mitglieder des Ministeriums einstimmig der Ansicht, daß es angesichts der bestimmten Versicherung der Gewerkschaften und der Arbeiterführer, sie könnten sich für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung verbürgen, zu verantworten sei, wenn die in Bereitschaft gehaltenen Mannschaften der Schutzpolizei auf die notwendige Mindestzahl beschränkt würde. Die Minister konnten der Ueberzeugung sein, daß keinerlei ernsthafter Anlaß vorhanden sei, daß der vorgesehene Demonstrationszug zu Ausschreitungen führen würde. Niemand konnte wissen, daß anarchistische, von auswärts geleitete Bestrebungen den Ruf Darmstadts gefährden würden. An den Ausschreitungen hätte sich nur die hintere Gruppe des Zuges beteiligt. Von einer Beurlaubung der Beamten der Schutzpolizei zur Teilnahme an der Demonstration könne keine Rede sein. Das Gesamtministerium billigte die Verfügung der Minister, die am 27. Juni anwesend waren. Ueber die Handhabung des Polizeischutzes wurde eine Untersuchung eingeleitet.

Abg. Dr. Schian (D. V.)

bedauert, daß seine Partei sich mit der Erklärung nicht zufrieden geben könne. Der Leiter der Polizei hat schwere Bedenken gegen die Maßnahmen des Ministeriums erhoben. Zur Durchführung der Maßnahmen der Regierung lag aber kein Beschluß des Gesamtministeriums vor, sondern nur eine formlose Besprechung der Minister. Wer der Polizei gegenüber einen solchen Beschluß geltend gemacht hat, hat eine besonders hohe Verantwortung auf sich geladen. **Der Staat darf unter keinen Umständen die Verantwortung auf die Parteien und Gewerkschaften abladen, wenn er ein Ordnungsstaat sein will.**

Deutschlands Moratoriumssorgen.

Von unserem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter.

Ueber die Forderungen des Garantiekomitees hat Reichsfinanzminister Dr. Hermes in der Mittwochsitzung des Auswärtigen Ausschusses Bericht erstattet, doch scheint er lediglich einen Auszug gegeben zu haben, da der Ausschuß es vorzog, die Aussprache bis zum Freitag zu vertagen, um im Besitz der gedruckten Uebersetzung der neuen Note zu sein.

Wenn Minister Hermes auch das Gerücht dementierte, daß von der Entente eine Verpfändung von Industrieaktien gefordert würde, so hat doch in deutschen Wirtschaftskreisen eine lebhafte Beunruhigung Platz gegriffen, da man wohl nicht mit Unrecht eine neue Knebelung der deutschen Wirtschaft durch den Feindbund befürchtet.

Vor allem glaubt man, damit rechnen zu müssen, daß die Regierung sich bereit erklärt habe, ein Devisenbeschaffungsgesetz auszuarbeiten, das der Industrie die Beschaffung der notwendigen Rohstoffe außerordentlich erschweren und drückend auf die deutschen Exportmöglichkeiten wirken muß.

Da zugleich die wildesten Gerüchte über die neuen Forderungen des Entente-Komitees herumschwirren, würde die Regierung sehr viel zur Beruhigung beitragen können, wenn sie sich endlich entschlösse, die deutsche Oeffentlichkeit voll und ganz über den Gang der Verhandlungen mit dem Garantiekomitee und über das Maß der von ihr gemachten Zugeständnisse aufzuklären.

Der „Temps" erklärt bereits zu der deutschen Finanzkrise, daß vorläufig nur ein kurzes Moratorium zwischen ein oder zwei Monaten in Frage kommen könne.

*

Von besonderer Seite.

Noch ehe der Bericht des Garantiekomitees über die deutsche Finanzlage genau vorliegt, werden Vorschläge über Vorschläge gemacht, wie „die nötigen Sicherheiten für die Reform der Reichsfinanzen" geschaffen werden können. Obwohl Frankreich mit gewissen gehässigen Absichten gegenüber Deutschland allein steht, darf nicht verkannt werden, daß die Forderung nach Einrichtung einer deutschen Finanzkontrolle von Belgien im vollen Umfange unterstützt wird, und daß auch in England und Italien einflußreiche Kreise nach dieser Richtung hin einen Druck ausüben werden. Das Wort, unter dem man jetzt solche Absichten unserer Gläubiger zusammengefaßt sieht, ist „Aufsichtsrat". Der Ausdruck ist insofern geschickt gewählt, als er eine Beschränkung der Kontrolle auf finanz- und wirtschaftspolitische Fragen andeutet, also den Eindruck erweckt, als solle das politische Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes nicht angetastet werden. Natürlich sagt das bloße Wort nur sehr wenig über den wahren Charakter der uns zugedachten Kontrolle. **Der „Aufsichtsrat" würde natürlich aus Vertrauensmännern unserer Gläubiger bestehen, die im Namen ihrer Auftraggeber Forderungen an die deutsche Finanzverwaltung zu stellen und laufend Einsicht in die einschlägigen Akten und Unterlagen zu nehmen berechtigt wären.** U. a. wären sie natürlich nicht regreßpflichtig für Dinge, die sie übersehen oder zugelassen hätten.

Ueber die Zweckmäßigkeit der Bestellung eines solchen Aufsichtsrates kann es natürlich nur ein Urteil geben: Eine solche Maßnahme wäre für uns in jeder Beziehung unerträglich und würde überdies genau das Gegenteil dessen erreichen, was beabsichtigt wird. Es ist gänzlich ausgeschlossen, daß im deutschen Reichstag eine Zweidrittel-Mehrheit dafür zu haben wäre, ein verfassungswidriges Organ in die Führung der Reichsgeschäfte einzuschalten. Die Konsequenzen einer Nebenregierung von außen sind kaum auszudenken. Selbst wenn dem „Aufsichtsrat" zunächst nur beschränkte Befugnisse erteilt werden sollten, wäre die Handhabe gegeben, bei späteren Anlässen eine Erweiterung der Zuständigkeit dieses Organs eintreten zu lassen und das finanz- und wirtschaftspolitische Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes allmählich immer mehr zu beschränken. Es ist weiter nur zu wahrscheinlich, daß der „Aufsichtsrat" nicht nur allgemeine Weisungen erhalten, sondern mit der Durchführung bestimmter finanzieller Maßnahmen betraut wird, über die bereits jetzt allerhand im Umlauf ist.

Die Chicago Tribune" behauptet, daß mit französischer Zustimmung die Reparationskommission versuchsweise ein Moratorium für Deutschland beschloß. Die Einzelheiten seien noch nicht festgesetzt. Die Dauer des Moratoriums werde eifrig diskutiert; die Franzosen wünschten es auf drei Monate zu beschränken, die Engländer es auf sechs Monate festzulegen. Für ihre Zustimmung verlangen die Franzosen strengste alliierte Kontrolle der deutschen Finanzen, namentlich eine alliierte Kontrole sämtlicher wichtigen Finanzprojekte, bevor sie dem Reichstage zugehen und durchgeführt werden.

Weiter schreibt das genannte Blatt: In amerikanischen Kreisen nehme man nicht an, daß die alliierte Finanzkontrolle in Deutschland die Reparationsfrage sehr fördern werde. Aber es sei von wesentlicher Bedeutung, den völligen Zusammenbruch des Landes zu verhindern. Die Quelle der deutschen Barzahlungen werde nach Ansicht Amerikas der deutsche Außenhandel sein, und solange nicht in der gesamten Welt die Zollschranken herabgesetzt und größere Mengen deutscher Waren aufgenommen würden, werde es Deutschland unmöglich sein, irgendwelche bedeutenden Barsummen zu bezahlen, obwohl es allerdings imstande sein werde den alliierten Ländern Sachlieferungen zu leisten.

Poincare's „Bankerott".

Von unserem außenpolitischen Mitarbeiter.

Gemeinsam mit dem Finanzminister de Lasteyrie hat Poincare eine Denkschrift verfaßt, in der er zu beweisen sucht, daß Deutschland die Gefährdung der Mark geflissentlich herbeigeführt habe. Er macht sich die Sache sehr leicht, denn sein Beweismaterial besteht in dem Hinweis, Deutschland habe seit dem 1. Januar 1922 monatlich etwa zehn bis zwölf Milliarden Mark in Papiergeldzeichen neu ausgegeben.

Poincare ist diese Dummheit schon zuzutrauen. Es gibt aber eine Dummheit, die anfängt, international gemeingefährlich zu werden. Poincare versucht ja schon seit drei Jahren, Deutschland als unbedingt zahlungsfähig hinzustellen, wobei es allerdings ohne bösartige Vergewaltigungen der Wahrheit nicht abgeht. Im „Matin" setzte Poincare vor 1½ Jahren ganz ernsthaft auseinander, daß die deutsche Industrie und die Großbanken mörderisch verdienten. Um diese Behauptung zu stützen, verglich Poincare die Jahresergebnisse von 1913 mit denen von 1920, ohne nur mit einem Wort auf die inzwischen erfolgte Geldentwertung aufmerksam zu machen.

Nun hat die Deutsche Bank in dem Jahresbericht von 1921 hervorgehoben, daß die Summe der Einlagen in Höhe von 38 Milliarden Papiermark in Goldmark umgerechnet wesentlich geringer sei, als die von 1913. Wie Poincare früher fälschte, hat er es auch diesmal in seiner Denkschrift getan. Es ist an sich richtig, daß der Notenumlauf seit dem 1. Januar 1922 beträchtlich zugenommen hat. Ob es zehn oder zwölf Milliarden Mark monatlich sind, tut nichts zur Sache. Es handelt sich vielmehr darum, aus welchen Ursachen der Notenumlauf gestiegen ist; ob deshalb, wie Poincare leichtfertig behauptet, den deutschen Bankerott herbeizuführen, oder deshalb, um die finanzielle Ueberlastung Deutschlands durch Schöpfung zusätzlicher Kaufkraft auszugleichen.

Das Problem der Zahlungs- und Leistungsfähigkeit Deutschlands ist abhängig von dem wirklichen Ertrag der deutschen Wirtschaft. Nicht darnach ist die Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu bemessen, welchen Wert die noch ungehobenen Kohlenschätze besitzen. Auch nicht darnach, welche Summen die Großbanken in Papiermark umschlagen. Wenn die Arbeitsenergie, die die deutsche Regierung auf die Schutzgesetze verwandt hat, dazu benutzt worden wäre, eine brauchbare deutsche Erzeugungs- und Einkommensstatistik aufzustellen, so könnten wir der Denkschrift Poincares mit Tatsachen und Ziffern entgegentreten. Ohne diese Erzeugungsstatistik, die wir ruhig von neutralen Sachverständigen nachprüfen lassen können, können wir die hartnäckigen französischen Lügen und Verdrehungen über unsere Zahlungsfähigkeit nicht widerlegen.

Es hat keinen Zweck, immer nur auf die Ziffern des deutschen Reichshaushaltes zu verweisen, auf diese und jene neuen Steuern und ihre Erträgnisse. Alles das sind Wirkungen, nicht Ursache. Die Zahlungsfähigkeit richtet sich nach dem Gesamteinkommen des deutschen Volkes, besser noch, nach dem Gesamtertrag der deutschen Wirtschaft. Im Gesamteinkommen sind ja beispielsweise auch die Kosten für die allgemeine Reichsverwaltung, die für die Beurteilung der deutschen Zahlungsfähigkeit nicht in Betracht kommen. Zahlen und leisten können wir nur mit den Werten, die die Wirtschaft erzeugt.

Vor dem Kriege wurde das Gesamteinkommen des deutschen Volkes auf vierzig Milliarden Goldmark geschätzt. Der Gesamtertrag der deutschen Wirtschaft wird aber nicht viel höher als dreißig Milliarden Mark gewesen sein. Wie hoch er heute ist, dafür fehlen die Unterlagen. Selbst für die Schätzung in Papiermark sind nur rohe Ziffern möglich, die aber immerhin noch besser sind, als die Ziffern des Reichshaushaltes. Unter Berücksichtigung der Gebietsverluste im Osten und Westen, des Verlustes der Auslandsguthaben, der Handelsflotte und andere mehr, ist vielleicht mit einem Gesamtertrag der Wirtschaft von 15 Milliarden Goldmark zu rechnen. Aus diesem Ertrag sind nicht nur die Rohstoff- und Lebensmittelbezüge aus dem Ausland zu bezahlen, sondern auch die Lebenshaltungskosten des deutschen Volkes.

Die reichen dafür nicht entfernt aus, was zur Folge hat, daß wir im Inland durch Papiergeldzeichen zusätzliche oder künstliche Kaufkraft schaffen müssen, daß nicht nur die Bildung neuen Kapitals unmöglich ist, sondern das vorhandene Kapital völlig ausgezehrt wird. Daß die Arbeiter und der Mittelstand in Deutschland der Verarmung

Der neue Oberpräsident der Rheinprovinz.

Wie bereits gestern im Telegrammteil kurz berichtet, wurde der bisherige Regierungspräsident von Trier, Dr. Fuchs, zum kommissarischen Oberpräsidenten der Rheinprovinz ernannt.

Dr. Fuchs ist Mitglied der Zentrumspartei. Er kommt in verhältnismäßig jungen Jahren in dieses hohe Amt. Im Jahre 1874 erblickte er als Sohn eines Gutsbesitzers der Hocheifel das Licht der Welt, besuchte das Gymnasium in Prüm und kam, nachdem er in Innsbruck Philosophie, in Berlin die Rechte studiert hatte, als Referendar und Assessor nach Düsseldorf und Betburg. Als Mitglied der Düsseldorfer Generalkommission leitete er die Zusammenlegungsarbeiten in der Eifel. Der Krieg rief ihn von einem inzwischen angetretenen Posten im preußischen Landwirtschaftsministerium an die Spitze einer Kompagnie, bis ihn eine schwere Verschüttung felddienstunfähig machte.

Die „Düsseldorfer Nachrichten" schreiben u. a. zu dieser Ernennung: „Wie bekannt, erhob auch die Sozialdemokratie des Rheinlandes Anspruch auf den Posten, und zwar hauptsächlich mit der Begründung, daß der Oberpräsident der Nachbarprovinz Westfalen bereits ein Zentrumsmann ist (Gronowski). Um nun diesen Wünschen der Sozialdemokratie Rechnung zu tragen, ist, wie wir weiter hören, im preußischen Staatsministerium beabsichtigt, zum Regierungspräsidenten von Koblenz einen Mehrheitssozialisten zu machen."

Aus dem besetzten Gebiet.

Kasinonenbauten für Besatzungs-Offiziere.

Aus dem besetzten Gebiet wird der „Frankf. Ztg." geschrieben, man entrüstete sich mit Recht über den Bau eines Offizierkasinos in Gonsenheim bei Mainz, der vor einigen Wochen begonnen wurde. Das Feldartillerie-Regiment 27, das früher in Gonsenheim lag, hatte kein Kasino. Jetzt muß für die französischen Offiziere ein Kasino gebaut werden. Es liegen dort 400 Offiziere und Unteroffiziere, die in Privatquartieren untergebracht sind.

Verhaftung von Gewerkschaftsführern durch Besatzungstruppen.

Am Freitag nachmittag traten die Arbeiter des Konkordia-Werkes in Bondorf in den Streik, da die Direktion ein Verlangen bezüglich der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaft abgelehnt hatte. Inzwischen hat die amerikanische Besatzungsbehörde den Befehl zur Aufnahme der Arbeit erteilt und zwei Gewerkschaftsführer verhaftet.

Nach Bekanntwerden dieser Verhaftung legten die am Montag morgen zur Arbeit Erschienenen die Arbeit nieder, um die Freilassung zu erzwingen, die jedoch bis jetzt von der Besatzungsbehörde abgelehnt worden ist. Amerikanisches Militär führt, um die Gasversorgung zu sichern, die Arbeiter der Kokerei aus ihren Wohnungen zwangsweise zur Arbeitsstelle. Zur Unterstützung der Streikenden haben auch die Arbeiter einiger benachbarter Betriebe die Arbeit niedergelegt.

Um den polnischen Präsidentenstuhl.

Aus Warschau meldet man: Für den Fall, daß Pilsudski demissionieren sollte, stellt die Rechte an seine Stelle als Kandidat den polnischen Kommissar in Danzig, Pluszinski, auf, der jedoch nicht geneigt sein soll, anzunehmen.

anheimgefallen sind, hat Poincare früher schon zugegeben, aber nur, um daran die dummdreiste Hetze zu knüpfen: die Industrie bereichere sich umsomehr.

Tatsache ist, daß die industrielle Maschine seit Jahr und Tag leer läuft, das heißt, trotz der hohen Papiergewinne weniger verdient als vor dem Kriege. Selbst wenn eine Gesellschaft mit einem Friedenskapital von 100 Millionen Mark arbeitet und vielleicht 500 Millionen Papiermark Reingewinn erzielt, diesen vollständig ausschüttet, also 500 Prozent Dividende verteilt, so sind das in Goldmark umgerechnet, auf das Friedenskapital von 100 Millionen Mark nur 7 vom Hundert. Da es Gesellschaften mit einer Dividende von 500 Prozent nicht gibt, vielmehr als Riesendividenden schon 50 und 60 v. H. gelten, so zeigt das, wie gewaltig die Vermögens- und Betriebskapitalauszehrung in Deutschland ist.

Nichtsdestoweniger müssen wir uns Rohstoffe und Nahrungsmittel heranschaffen, was nur geht, indem wir die dafür erforderlichen Beträge in Höhe von 8 Milliarden Goldmark im Innland durch zusätzliche Kaufkraft künstlich schaffen. Das ist die Ursache der Papiergeldvermehrung, eine Ursache, die noch verschärft wird durch die Lasten aus dem Versailler Vertrag. Selbst wenn wir für absehbare Zeit von allen Verpflichtungen frei würden, so könnten wir nicht eher die Notenpresse stillegen, als bis der Inlandsmarkt und Außenhandel stark genug sind, um den Fehlbetrag der Zahlungsbilanz in Höhe von 8 Milliarden Godmark zu decken.

Das Defizit bei der Reichseisenbahn.

Der Abschluß des ordentlichen Haushalts 1921 liegt nun vor. Er ergibt eine Einnahme von 45,1 Milliarden Mk. und eine Ausgabe von 52 Milliarden. Der Fehlbetrag stellt sich mithin auf 6,9 Milliarden Mk., das ist gegenüber dem Haushalts-Ansatz 1921 von 10,8 Milliarden Mk. eine Verbesserung von 3,9 Milliarden Mark und gegenüber einem Fehlbetrag im Rechnungsjahr 1920 von 15,6 Milliarden Mk. eine Verbesserung von 8,7 Milliarden Mk. Der Fehlbetrag ist also geringer, als nach der vom Reichsverkehrsminister bekannt gegebenen Schätzung.

Dernburg über Deutschland und den Völkerbund.

Im „Berliner Tageblatt" prüft Bernhard Dernburg die Frage, ob Deutschland in den Völkerbund eintreten solle. Er kommt zu folgendem Schluß:

Vielleicht darf man hoffen, daß selbst in Frankreich die Erkenntnis der Notwendigkeit einer Verbreiterung des Völkerbundes doch das Bedürfnis nach einer Demütigung Deutschlands überwiegt und daß dann auch das Verlangen Deutschlands, im Bunde mit den anderen Großmächten gleichgestellt zu werden, nicht unerfüllt bleibt. Sonst wird die deutsche Regierung, und ich glaube ihrer Zustimmung sicher zu sein, die Verantwortung für die Stellung eines Antrages auf Zulassung nicht übernehmen können.

Severing und das Gesetz zum Schutze der Republik.

Die Berliner Morgenblätter bringen eine Korrespondenzmeldung über die Neubesetzung von erledigten Präsidentenposten.

Anstelle des Oberpräsidenten von Marienwerder soll Oberpräsidialrat Prosske treten, der dem Zentrum nahesteht, der Regierungsbezirk Marienburg ist mit dem sozialistischen Landrat Bergmann besetzt worden, das Regierungspräsidium Hildesheim ist dem Ministerialrat Halfern übertragen und in das Regierungspräsidium Stettin der Oberregierungsrat Moritz berufen worden. Beide Regierungspräsidenten gehören der Deutschen Volkspartei an. Das Regierungspräsidium von Aurich wird dem demokratischen früheren Bürgermeister von Norderney, Berghausen übertragen, zum Regierungspräsidenten in Koblenz dürfte der 2. Delegierte bei der Rheinlandkommission, Bauknecht ausersehen werden, der Sozialdemokrat ist. Auch für die Präsidien Aachen, Trier und Osnabrück sind neue Regierungspräsidenten schon vorgesehen. Sie werden, ebenso wie der neue Oberpräsident der Rheinprovinz Dr. Fuchs, dem Zentrum angehören. Demnächst soll auch der Regierungspräsident in Schneidemühl, von Bülow, in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden.

Der Innenminister ist entschlossen, die Entschließung des Landtages, wonach leitende Stellen in Verwaltung und Justiz nur zuverlässigen Republikanern übertragen werden sollen, zur Durchführung zu bringen. Der nächste Eingriff dürfte sich auf die Neubesetzung einer größeren Zahl von Landratsämtern in Ostpreußen beziehen.

Entfernung fürstlicher Hoheitszeichen in Thüringen.

Das thüringische Staatsministerium veröffentlicht folgenden Erlaß:

Wir ordnen hiermit an, daß in den öffentlichen Dienstgebäuden des Landes bis längstens 1. September 1922 die Wahrzeichen des monarchistischen Systems soweit ausnahmslos zu beseitigen sind, als bei diesen Wahrzeichen noch die Bezeichnung großherzoglich, herzoglich oder fürstlich enthalten sind.

Aus den Diensträumen sind die noch vorhandenen Bilder oder Büsten von Angehörigen regierender Familien aus der letzten Generation zu entfernen, ebenso Bildnisse oder Büsten von gegenrepublikanisch gesinnten Personen aus der neueren Zeit. Die einzelnen Ministerien entscheiden über die Verwendung von Bildern oder Büsten, die in Staatsgebäuden stehen und darüber, ob eine im Bild oder Büste dargestellte Person als gegenrepublikanisch gesinnt anzusehen ist. Den Beamten ist es nicht gestattet, ohne besondere Genehmigung der vorgesetzten Behörde in den Diensträumen Bilder oder Büsten anzubringen.

Streikexzesse in Stettin.

Aus Stettin meldet man: Als der Dampfer „Swinemünde" die Fahrt nach Swinemünde antreten wollte, erschien ein Zug Streikender mit roten Fahnen am Anlegeplatz und versuchte, das Schiffspersonal zum Verlassen des Dampfers zu veranlassen. Sie erreichten auch, daß mehrere Heizer das Schiff verließen, so daß es nicht abfahren konnte. Wie der „Stettiner Generalanzeiger" meldet, wurden darauf von der Technischen Nothilfe Heizer zur Verfügung gestellt, so daß der Dampfer abends auslaufen konnte. Der regelmäßige Verkehr Stettin—Swinemünde wird auch weiterhin mit Unterstützung der Technischen Nothilfe aufrecht erhalten.

Die Bedeutung des französisch-polnischen Vertrages.

Gegen die politischen und wirtschaftlichen Interessen Deutschlands und Englands.

Das in Wien erscheinende magyarische Blatt „Jövo" veröffentlicht einen Artikel über die Bemühungen Frankreichs, sich in Polen die wirtschaftliche Herrschaft zu sichern.

Als der polnische Präsident Pilsudski im vergangenen Jahre in Paris weilte, wurde der umfangreiche Vertrag mit Frankreich beschlossen, der nun durch die Ratifizierung in Kraft getreten ist. Der Vertrag enthält

ein geheimes Militärabkommen,
einen politischen Teil
und das Wirtschaftsabkommen.

In diesem letzten verpflichtet sich Polen, Frankreich auf wirtschaftlichem Gebiete als meistbegünstigten Staat zu behandeln, ohne jedoch ein Recht auf Gegenseitigkeit zu haben. Hiermit aber noch nicht zufrieden, haben sich die Franzosen für Artikel 103 im polnischen Zolltarif günstigere Sätze gesichert, als sie in den übrigen Staaten gelten und die Freigabe der Einfuhr französischer Luxusartikel erzwungen.

Solche günstigen Bedingungen, die unter den heutigen Verhältnissen eine Abnormität bilden, liefern Polen ganz dem französischen Handel aus, der sich schon bisher in diesem Lande sehr breit zu machen wußte. So nimmt Frankreich an der Einfuhr von Baumwolle nach Polen mit 17 Prozent, von Bauwollwaren mit 40 Prozent teil, wo doch im Bauwollverkehr der Welt England an der Spitze steht. Die französische Einfuhr hat aber bereits die englische in Polen soweit verdrängt, daß diese augenblicklich nur noch ein Prozentsatz ausmacht.

Sehr bedeutend sind ferner die Investierungen, die die Franzosen in der polnischen Industrie gemacht haben. In der Textilindustrie ist das französische Kapital schon zu 75 Prozent beteiligt, in der Petroleumindustrie sind 20 Millionen Polenmark von Frankreich investiert.

In seinem Vertrage hat sich Frankreich auf das polnische Petroleum fast ganz gesichert. Ein besonderer Abschnitt regelt nämlich aufs genaueste die Ausfuhr von Rohpetroleum und dessen Bearbeitungsprodukten nach Frankreich. So müssen die Preise für die Petroleumprodukte stets so festgesetzt sein, wie es die Interessen der französischen Raffinerieen und Unternehmen erfordern. Der Ausfuhrzoll wird in polnischer Währung gezahlt. Die von Franzosen in der Petroleumindustrie investierten Kapitalien sind von Steuern und Zwangsanleihen frei und außerdem muß die polnische Regierung stets dafür sorgen, daß die für den Petroleumtransport erforderlichen Eisenbahnzüge zur Verfügung stehen.

Dieser Vertrag ist auf zehn Jahre abgeschlossen worden. Er bedeutet sehr große Opfer, die Polen den Franzosen bringt. Politisch und wirtschaftlich sind die Bestrebungen Frankreichs gegen Deutschland gerichtet. In wirtschaftlicher Hinsicht berühren sie aber auch Englands Interessen sehr stark, wodurch die Bedeutung des französisch-polnischen Vertrages ganz erheblich wächst.

Das ungarische Bandentreiben im Burgenland.

Amtlich wird aus Wien gemeldet:

Der Grenzort Hegersdorf im Burgenland wurde von ungarischen, mit Gewehren, Maschinengewehren und Handgranaten bewaffneten Kräften überfallen. Die Bundestruppen wiesen in zweistündigem Feuerkampf die Banden zurück. Die österreichische Regierung hat die nötigen Schritte getan, um dem Versuch einer neuerlichen Beunruhigung des Burgenlandes zu begegnen.

*

In Ergänzung des amtlichen Berichtes über den neuen ungarischen Bandenüberfall auf das Burgenland veröffentlicht ein in Wien erscheinendes ungarisches Emigrantenblatt einen Bericht, wonach die hervorragenden ungarischen Bandenführer einen neuen Anschlag auf das Burgenland vorbereiten, Freischärler anwerben, ausrüsten und in Oedenburg eine größere Truppenmacht zusammenziehen. Die ungarische Regierung ließ während der letzten drei Tage über 700 solcher Leute verhaften und entwaffnen, ließ die Leute aber wieder frei, sodaß sie in kleineren Gruppen sich nach Oedenburg begeben können, um von dort die burgenländische Grenze zu beunruhigen.

Clemenceau und der „Friede" von Versailles.

Der französische General Percin veröffentlicht jetzt allerlei niedliche Geschichten von Clemenceau. Besonders bemerkenswert ist folgende: Im Jahre 1919 habe Clemenceau eine Reihe von Stabsoffizieren mit den Worten beruhigt: „Seien Sie um Ihre militärische Laufbahn nicht besorgt. Der Frieden, den wir gemacht haben, sichert Ihnen einen zehnjährigen Konflikt in Europa."

Rücktritt des Kabinettes de Facta.

Das Kabinett de Facta ist einer römischen Meldung zufolge zurückgetreten.

Der Sturz der Regierung kommt bei 253 gegen 49 Stimmen, darunter 3 Enthaltungen, mehr einem Zusammenbruch gleich. Nicht eine einzige Gruppe unterstützte geschlossen das Kabinett. Die Faszisten stimmten aus taktischen Gründen gegen die Regierung, die besonders wegen ihrer Schwäche gegen den Sozialismus bekämpft wurde. Die Krise fällt in eine dunkle Stunde. Es handelt sich, wie Il Monde schreibt, nicht bloß um Meinungsverschiedenheiten, sondern die Landeskrise habe den Kulminationspunkt erreicht. Der Bürgerkrieg dauert fort. Ganze Provinzen stehen im Generalstreik. In Rom haben die Kommunisten eine sogenannte Abwehrfront gegründet, Geheimorganisationen sprechen offen von ihren Exekutiven. Dazu kommt die düstere Finanzlage, die Ziellosigkeit der in London gescheiterten Außenpolitik.

*

Das Kabinett Facta, seit Anfang März an der Regierung, galt von Anfang an als ein Notbehelf, ein Provisorium nach zahlreichen vergeblichen Koalitionsversuchen. Wenn man jedoch damals Facta nur für einen Platzhalter Giolittis hielt, so ist diese Hoffnung durch die Ereignisse gänzlich umgestürzt worden. Das Kabinett hat nach außen und innen nur Niederlagen zu verzeichnen gehabt. Zuerst die großen Aufstände der Faszisten im Norden, vor allem der Einbruch der Faszisten in Fiume und die Kapitulation des Gouverneurs Zanella, dann als wütende Reaktion die ständigen Streiks und Aufstände der äußersten Linken, denen die Regierung nicht zu steuern weiß. Hinzu kommt vor allem die große außenpolitische Niederlage Schanzers, der bei all seiner Regsamkeit mit seinem Programm in London keine nennenswerten Erfolge erzielen konnte. So ist schon vor einiger Zeit der Minister Cesario ausgetreten. Man wird bei der Geschmeidigkeit und dem Temperament der italienischen Parteien abwarten müssen, welches Kabinett das undankbare Erbe antreten wird, um den haltlosen Zuständen zu steuern. Ob Orlando, der alte Kriegs-Ministerpräsident und Vertreter in Versailles, als demokratische Mittelsperson die Aufgabe übernehmen wird, bleibt abzuwarten.

Die Gärung in Palästina.

Wie aus Kairo berichtet wird, gibt die Lage in Palästina zu ernsten Befürchtungen Anlaß. Der Streik der Araber, der dieser Tage begonnen hat und der als Protest gegen das britische Mandat gedacht ist, hat sich nun über ganz Palästina und das Transjordanland ausgebreitet. Bisher sind keine Unruhen vorgekommen, aber der kleinste Zwischenfall würde genügen, um ein allgemeines Blutvergießen herbeizuführen. Die Streikführer bemühen sich, die Bevölkerung bis zur Rückkehr der arabischen Delegation aus Europa im Zaume zu halten, deren Urteil dann über die weitere Entwickelung der Dinge entscheiden soll. Ein Telegramm aus Mekka berichtet, daß eine Delegation der palästinischen Mohammedaner eine zweistündige Unterredung mit dem König Hussein hatte, der seine volle Sympathie mit ihrer Haltung ausdrückt.

Ausschuß-Sitzung des landwirtschaftlichen Hauptvereins für den Regierungsbezirk Münster.

nbl. **Münster**, 19. Juli. Der Landwirtschaftliche Hauptverein für den Regierungsbezirk Münster hielt im Cimbernhause unter der Leitung des Oekonomierats Leppelmann seine 10. sehr zahlreich besuchte Ausschußsitzung ab. Zunächst wurde u. a. bekannt gegeben, daß in diesem Jahre 10 männliche und 12 weibliche Personen für langjährige treue Dienste bei ein und derselben Herrschaft Prämien erhalten. U. a. sollen damit bedacht werden: Gertrud ten Barwerk, die 11 Jahre beim Landwirt Th. Breuker in Buer, und Bernardine Steppelhof, die 8 Jahre bei dem Gast- und Landwirt Joh. Mau in Buer als Dienstmagd tätig ist.

Zur Getreideumlage teilte der Vorsitzende mit, daß die Landwirtschaftskammer als ihre Vertreter die Herren Dr. Schroers von der LWK. und Gutsbesitzer Dieckmann (Gladbeck) nach Berlin entsandt habe, um mit den zuständigen Stellen zwecks einer gerechten Durchführung Fühlung zu nehmen. Ueber das Ergebnis der Unterhandlungen mit dem Staatskommissar für Volksernährung machte Dr. Schroers nähere Mitteilungen. Danach sei die Getreideumlage nicht eine Maßnahme wirtschaftlicher Art, sondern politischer Gestaltung. Für die westfälischen Verhältnisse sei eine besondere Schwierigkeit dadurch hinzugetreten, daß nicht, wie im vergangenen Jahre, ein Hektar von der Getreideumlage frei bleiben soll, sondern es sollen zwei Hektar Anbaufläche freigelassen werden, wenn der betreffende Besitzer über nicht mehr als 10 Hektar verfügt. Diese Verminderung dürfe für Westfalen nicht eintreten. Nach Beschluß des Reichstages sind 2½ Millionen Tonnen Getreide umzulegen, davon entfallen auf Preußen 1,7 Millionen Tonnen. Dieser Teil werde auf die 11 preußischen Provinzen umgelegt. Acht Provinzen, darunter auch Westfalen, seien nicht in der Lage, das Provinzialabgabensoll aufzubringen und die Verteilung durchzuführen. Nur Pommern, Brandenburg und Sachsen seien dazu in der Lage. Der Staatskommissar wurde bei der Unterredung gebeten, die Frage der Umlage gerecht zu klären. Wenn die Frage nicht geklärt würde, so müßten die Landwirte Westfalens und die Landwirtschaftskammer jegliche Verantwortung für die Folgen ablehnen. Der Staatskommissar habe daraufhin wörtlich gesagt: Wenn Sie die Verantwortung ablehnen, lehne ich als Staatskommissar für die Volksernährung ebenfalls jede Verantwortung ab! Dann bleibt nur dem Reichstag, der die Umlage beschlossen hat, die Lösung vorbehalten! Man habe sich nun mit der Tatsache abzufinden. Die Provinz Westfalen könne unmöglich die ihr vorgeschriebene Leistung erfüllen. In diesem Jahre werden von ihr verlangt 996 000 Doppelzentner gegenüber 946 000 Doppelzentner im Vorjahre. In Westfalen bestehen 384 000 landwirtschaftliche Betriebe. Durch die Freilassung scheiden 333 000 Betriebe aus, sodaß die ganze Umlage auf 50 000 Betriebe zu verteilen wäre. Von den 38 Landkreisen der Provinz Westfalen werden nach dem jetzt vorliegenden Material vielleicht 30 nicht in der Lage sein, eine Getreideumlage aufzubringen, die auch nur im entferntesten der vorjährigen Umlage entspricht. Unmögliches kann nicht ausgeführt werden. In der demnächst beim Oberpräsidium stattfindenden Versammlung soll praktisches Material zugrunde gelegt werden, das einwandfrei die Unmöglichkeit der Umlage ergibt.

Oberpräsident Gronowski wies in seinen Ausführungen energisch den Vorwurf zurück, den man in Soest gegen ihn gemacht habe, daß er nämlich in Berlin gesagt haben solle, die westfälischen Landwirte seien bereit, jede, auch eine erhöhte Umlage zu tragen. Er müsse hier mehr oder weniger Böswilligkeit annehmen. Daß dies aus Unkenntnis geschehen sei, könne er nicht glauben. Gegen die Absicht der Böswilligkeit lege er entschieden Verwahrung ein. Auch als Laie sehe er ein, daß die Provinz Westfalen eine Mehrbelastung von 52 000 Doppelzentnern nicht tragen könne.

In der sich anschließenden Aussprache wurden manche Fingerzeige gegeben, durch stichhaltiges

Kunst und Wissen.

Musikwinter 1921|22.

Rückblick.

Kalendermäßig dauerte des Sommers Herrschaft schon einige Wochen, als der Konzert-„Winter" sein Ende fand, ein Ende freilich, das in jeder Musikgattung ein bedeutsamer Ausklang wurde: Beethovenwoche, Sängerbundesfest, Meistersinger. Zu einem übervollen Maß von Arbeit und Leistungsfreudigkeit, das von unserem Orchester gefordert wurde, hätte es der Beethovenwoche nicht mehr bedurft. Gegen das Vorjahr traten die ausländischen, wie auch die Tonschöpfer modernster Richtung mehr in den Hintergrund. Beschränkte sich das Programm bei den Ausländern auf russische und nordische Komponisten, so begegnete man von den Modernen nur Hindemith, Malipiero, Peeters und Rudi Stephan, dem man eine besondere Feier widmete. Gern machte man die Bekanntschaft mit den Zeitgenossen gemäßigter Modernität, mit Braunfels, Engelsmann und erneut mit Hermann Unger, freute sich auch über die Pflege eines Bruckner, Brahms, Beethoven, Mozart und Schumann. Seinen weitverbreiteten Ruf als aufstrebende, führende Musikstadt hat Bochum durch die vollkommenen Leistungen seines erstklassigen Orchesters und die nach immer höheren und größeren Zielen ringende Arbeitslust und Arbeitskraft seines begabten und befähigten Dirigenten Schulz-Dornburg weiter begründet und gefestigt. In seiner Art hat auch das Treichlerquartett durch interessante Programme und abgetönte Leistungen in dieser Richtung mitgewirkt.

Auf einem anderen Gebiete des Musiklebens vollzog sich ein tragisches Geschick. Nach über sechzigjährigem, vorbildlichem Wirken und erfolgreichem Schaffen erlebte der Musikverein das letzte Jahr seiner nicht immer leicht und rosig gewesenen Selbständigkeit. Der Uebergang des Vereins in städtische Verwaltung und Leitung bedeutet eine Wandlung, dessen Notwendigkeit trotz der schwierigen Verhältnisse nicht in allen Kreisen anerkannt wird, zumal gerade im letzten Jahre der Verein durch seine außergewöhnlichen Aufführungen, wie „Das klagende Lied" und die „Pfitzner-Kantate" mit Recht höchste Anerkennung fand. An dem bisherigen, verdienstvollen, verehrten Leiter Arno Schütze gewinnt die städtische Kammermusik einen hochwertigen, anerkannten Helfer, mag er auch recht schweren Herzens den Dirigentenstab einstweilen aus der Hand legen.

Die neue Theatereche Bochum-Duisburg brachte uns die langersehnte, bessere Pflege der Oper, in deren Rahmen manch hervorragende Aufführung erlebt wurde. An besonderen Großtaten sind hier neben der glanzvollen Eröffnung mit Parzival noch Fidelio, Aida, Tristan, Entführung, Lobetanz und nicht zuletzt Die lustigen Weiber und Meistersinger als Schlußvorstellung zu nennen. An dem Oberregisseur Mannstaedt hat unser Intendant Dr. Schmitt in seiner vorbildlichen, weithin anerkannten Schaffensart einen befähigten, treuen Mitarbeiter, hat die Theatergemeinde eine nicht so leicht zu ersetzende Kraft stärkster Begabung verloren. So hatte die Oper mit verdientem Recht ständig eine erhebliche Besuchsziffer aufzuweisen.

Reiches Leben herrschte gleichfalls in den anderen Musikzweigen; die Männerchöre wetteiferten mit schwierigen, ausgezeichneten Darbietungen, die gemischten Chöre pflegten weiterhin emsig die deutsche Liedkunst. Liederabende, Stadtparkkonzerte warten vorläufig auf Sonnenschein und Wärme.

Viel wars, was geboten wurde, lang war die Zeit, aber mit unverminderter Kunstfreudigkeit nahm eine stattliche Gemeinde die hohen Genüsse dankbar und begeistert auf und sieht auch jetzt schon mit erwartungsfroher Spannung den kommenden Ereignissen entgegen. In Bochum blüht die Kunst.

Dr. Schwermann.

△ **Castella-Glaskunst.** Eine Neuheit von reizvoller Eigenart sind die von E. v. Castell, Altona (Elbe) entworfenen und unter der Bezeichnung „Castella-Glaskunst" in den Handel eingeführten handgemalten Silhouetten im Rokoko- und Biedermeierstil. Die Arbeiten werden nach künstlerischen Entwürfen farbenschön auf die Blattseite des Glases gemalt, wodurch sich die Wirkung der in graziöser Zartheit ausgeführten Figuren gegenüber den aufs Blatt gezeichneten Silhouetten bedeutend erhöht. Die Feinheit aller Linien tritt sichtbarer hervor, die Bilder haben Leben und Bewegung. Natürlich sind auch die Umrahmungen in Farbe und Ton der Stimmung der einzelnen Bilder angepaßt, so daß jede Silhouette einen Wandschmuck von künstlerischer Besonderheit bildet.

Interessante Gräberfunde in Königsberg.

tb. **Königsberg**, 19. Juli. Ueber außerordentlich interessante Funde aus Königsbergs Vergangenheit berichtet die „Königsberger Allgem. Zeitung": Am Kaiser Wilhelmdamm gegenüber dem Gelände der Deutschen Ostmesse sind zurzeit zahlreiche Erdarbeiter für den Bau des Handelshofes im Gange. Dabei stieß man in etwa 3 Meter Tiefe auf ein ausgedehntes Gräberfeld. In einer blauen Lehmschicht eingebettet liegen mehrere hundert Särge aus Eichenholz und Tannenholz in ganz einfacher Form und anscheinend sehr schnell zusammen gezimmert, ein Beweis dafür, daß man es offenbar damals, als diese Begräbnisstätte hier angelegt wurde, sehr eilig gehabt zu haben schien. Die Vermutung liegt nahe, daß die Begräbnisstätte zur Zeit von großen Pestepidemien, von denen Königsberg in den letzten Jahrhunderten 8 Mal, zuletzt 1709-10 heimgesucht worden war, angelegt wurde. In Ostpreußen sollen in diesen beiden Jahren ca. 235 000 Menschen gestorben sein. Die Anzahl der Toten betrug im Ausgang Oktober 1709 bis über 600 täglich. Nicht unmöglich ist es auch, daß das Gräberfeld von der im Jahre 1831 wütenden Cholera herrührt. Nach der Chronik starben damals von 2206 erkrankten Personen 1323. Die vorhandenen Begräbnisplätze reichten nicht aus, so daß neue angelegt werden mußten. Die Untersuchung über den tatsächlichen Ursprung geht weiter.

Material den zuständigen Stellen den Beweis der Undurchführbarkeit zu geben.

Regierungspräsident Graf von Merveldt erläuterte die Bestimmungen und die Ausführungsanweisungen des Gesetzes und erklärte seine Bereitwilligkeit, vor der Sitzung im Oberpräsidium mit Sachverständigen aus der Landwirtschaft die Anbauflächen und die Ernteverhältnisse durchzugehen.

Kleine Nachrichten.

Mainz, 20. Juli. Auf dem Markt in Bingen kam es infolge der anziehenden Preise zu einem Teuerungskrawall. Ein Lehrer wurde bei dem Versuch, die Tumultuanten zur Vernunft zu bringen, schwer mißhandelt. Erst der Polizei gelang es, die Ruhe wieder herzustellen.

w. **Magdeburg**, 20. Juli. Die Magdeburgische Zeitung meldet aus Stendal: In den Kreisen Stendal, Osterburg, Gardelegen und Wolmirstedt ist ein Landarbeiterstreik ausgebrochen. Es handelt sich um Lohnstreitigkeiten. Bisher ist alles ruhig.

bb. **Berlin**, 20. Juli. Laut Blättermeldung sind von einer Augsburg-Dresdener Touristengruppe bei der Besteigung der Zugspitze fünf Teilnehmer erfroren. Ein Schneesturm hatte die Touristen überrascht und die Erreichung einer Schutzhütte unmöglich gemacht.

D. **Leipzig**, 20. Juli. Vom 22. bis 24. Juli findet in Leipzig eine internationale Friseurwoche statt. Besonderes Interesse erweckt das am Montag, den 24. Juli stattfindende internationale Meisterschaftsschau- und Preisfrisieren. Es findet eine Austragung der Weltmeisterschaft im Damen- und Herren-, sowie im Theater- und Filmfrisieren statt. Geldpreise bis zu 50 000 Mark und zahlreiche Ehrenpreise stehen zur Verfügung.

Charleroi, 20. Juli. Gestern abend 6,10 Uhr entstand eine zweite Explosion, welche an einer 40 Meter hohen Anlage weitere Zerstörungen anrichtete. Ein Werkmeister, der der ersten Explosion entronnen war, wurde durch Trümmerstücke schwer verletzt. Aus den weiteren Meldungen über die Explosion des Hochofens in Couillet geht hervor, daß ein Ingenieur und zwei Arbeiter auf der Stelle getötet und vier Verletzte ihren Verletzungen erlegen sind. 31 Arbeiter wurden durch das ausströmende glühende Metall und Dämpfe schwer verbrannt und mußten ins Hüttenkrankenhaus gebracht werden. Zwei weitere Arbeiter werden vermißt.

w. **Paris**, 20. Juli. Die Chicago Tribune meldet aus Peking: Das chinesische Kabinett ist zurückgetreten, der Präsident lehnte es jedoch ab, die Demission anzunehmen, bevor das Parlament zusammentritt. Daraufhin ist zunächst nur der Finanzminister von seinem Amt zurückgetreten.

s. **Paris**, 20. Juli. Wie der „Petit Parisien" meldet, wurde in der St. Jakobskirche in Luneville in der vergangenen Woche die Opferstätte erbrochen.

w. **Madrid**, 20. Juli. Die Zeitung A. B. C. druckt aus dem Matin eine Rede des marokkanischen Großvesirs bei der Nationalfeier in Rabat ab, in der dieser die These von der Souveränität des Sultans über ganz Marokko aufstellte und erklärte, daß diese These nach der Zusicherung des Generalresidenten von Frankreich unterstützt werde. Das Blatt bezeichnet die Vorgänge als äußerst ernst und verlangt, daß die Regierung nicht vor der Entstehung einer marokkanischen Monroedoktrin die Augen schließe.

D. **London**, 20. Juli. Gestern wurde in London die Vermählung des Lord Mountbattan, des Sohnes des verstorbenen Lord Battenberg, eines Vetters des Königs von England, mit Fräulein Edwina Ashley, der Enkelin des verstorbenen Finanziers Ernest Cassel, vollzogen. Edwina Ashley gilt als die reichste Braut Englands. Der Prinz von Wales wohnte der Trauung als Brautführer bei. Der König, die Königin, die Königin-Mutter Alexandra und andere Mitglieder des königlichen Hauses nahmen an den Feierlichkeiten gleichfalls teil.

Moskau, 20. Juli. Zwischen den Stationen Romanow und Petschemowka entgleiste infolge Zerstörung des Gleises durch Banditen der zur polnischen Grenze fahrende Postzug. 14 Tote, fünf Schwerverletzte und 14 Leichtverletzte wurden geborgen. Die Anzahl der Toten läßt sich noch nicht genau feststellen. Vier Waggons, die vollbesetzt waren, verbrannten vollständig.

Soziales Leben.

Schiedsspruch für das Malergewerbe

TBO. **Bochum**, 20. Juli. Für das Malergewerbe ist vom Reichs- und Staatskommissar folgender Schiedsspruch gefällt worden:

1. Die Stundenlöhne erhöhen sich in den Lohngebieten „Besetztes Gebiet" und „Industriegebiet" ab 16. Juli bis 31. Juli 1922 um 4,50 Mk., für die Zeit vom 1. August bis 15. August 1922 um weitere 2,50 Mk.;

2. für das Lohngebiet „Bergisches Land": Für die Zeit vom 16. bis 31. Juli 1922 erhöhen sich die Löhne um 4,50 Mk., vom 1. bis 16. August 1922 um weitere 3 Mk. Für das Lohngebiet „Oestliches Westfalen": für die Zeit vom 16. bis 31. Juli 1922 um 4,50 Mk., für die Zeit vom 1. bis 15. August 1922 um weitere 2,25 Mk.

Die bei den letzten Verhandlungen abgegebenen Erklärungen der Parteien, dahin, daß bei Annahme des Schiedsspruchs örtliche Begehren auf Abänderung unstatthaft seien, gelten auch für den vorliegenden Schiedsspruch. Die Parteien werden aufgefordert, innerhalb einer vom heutigen Tage laufenden Frist von einer Woche dem Reichs- und Staatskommissar schriftlich anzuzeigen, ob sie sich dem Schiedsspruch unterwerfen. In derselben Frist kann auch der einzureichende Antrag auf Verbindlichkeitserklärung bei dem Reichsarbeitsminister gestellt werden.

nbl. **Essen**, 20. Juli. Wegen Disziplinbruch und Schädigung des Gewerkvereins christl. Bergarbeiter sind 21 Mitglieder des Vereins auf Grund der Satzungen desselben aus dem Gewerkverein ausgeschlossen worden. Von den 21 Ausgeschlossenen wohnen 14 in Buer, einer in Westerholt, einer in Duisburg-Meiderich, einer in Gelsenkirchen, einer in Bochum und drei in Ahlen. Die ausgeschlossenen Mitglieder haben die rechtmäßig zustande gekommene, klare und unzweideutige Parole des Gewerkvereins gegen den Generalstreik und gegen den Bürgerkrieg nicht befolgt und haben in gröblichster Weise gegen dee Beschlüsse des Gewerkvereins gearbeitet

Letzte Nachrichten und Drahtmeldungen.

Die Verhandlungen mit dem Garantiekomitee.

Die Vereinbarungen.

w. **Berlin**, 20. Juli. In Verfolg des Notenwechsels vom März, April und Mai des laufenden Jahres zwischen der Reparationskommission und der deutschen Regierung begab sich das Garantiekomitee am 20. Juni zu Beratungen mit der deutschen Regierung zum Studium der Fragen, welche sich auf die Nachprüfung des Budgets (Einnahmen und Ausgaben), auf die Bestimmung der Kapitalflucht und auf die Statistik beziehen, nach Berlin. Für diese Beratungen sind vier

Unterausschüsse

gebildet und zwar je eine für die Einnahmen, für die Ausgaben, für Kapitalflucht und für Statistik. Die Mitglieder des Garantiekomitees verhandelten mit den deutschen Vertretern in zahlreichen Sitzungen. In den Ausschüssen für Einnahmen und Ausgaben erteilten die deutschen Vertreter Auskunft über das Verfahren bei der Veranlagung, der Erhebung der verschiedenen Steuern, über die Aufstellung des Budgets, das Verrechnungswesen, sowie über die Maßnahmen der Regierung zur Beaufsichtigung der Arbeiten der Steuerverwaltung und zur Verhütung von Etatsüberschreitungen. Sie erläuterten hierbei auch die im Haushaltsplan vorgesehenen Ausgaben näher. Man verständigte sich darüber, daß die Vertreter des Garantiekomitees künftig durch das Reichsfinanzministerium nach näherer Vereinbarung

regelmäßig Informationen über die Einnahmen und Ausgaben

erhalten, und daß ihnen die Möglichkeit gegeben wird, sich über die einschlägigen Bestimmungen und ihre Anwendung fortlaufend zu unterrichten. Das Reichsfinanzministerium richtet einen

zentralen, beweglichen Kontrolldienst

ein und wird dem Garantiekomitee die Möglichkeit geben, sich von Zeit zu Zeit von der Wirksamkeit dieses deutschen Kontrolldienstes zu überzeugen. In dem Unterausschuß für die

Kapitalfluchtbekämpfung

wurden zunächst die bestehenden Bestimmungen dargelegt. Im Verlauf der Erörterungen wurden die Grundsätze für weitere Maßnahmen zur Besprechung gebracht um die Kapitalflucht in den verschiedenen Formen, die sie annehmen kann, zu treffen. Das Garantiekomitee faßte die Ereignisse dieser Arbeiten in einem

Memorandum

zusammen, welches in der Schlußsitzung am 18. Juli der deutschen Regierung übermittelt wurde. Da Uebereinstimmung darüber festgestellt war, daß keine der in dem Memorandum vorgesehenen Maßnahmen die Souveränität des Deutschen Reiches antasten, den geordneten Gang der deutschen Verwaltung stören oder das Geheimnis der deutschen Steuerpflichtigen verletzen dürfe, ließ die deutsche Regierung, vorbehaltlich der schriftlichen Beantwortung, mitteilen, daß sie dem Inhalt dieses Memorandums beitritt.

Die Forderungen des Komitees.

TU. **Berlin**, 20. Juli. Ueber die Verhandlungen des Garantiekomitees mit der Reichsregierung und ihre Ergebnisse erfährt die Telunion noch von zuverlässiger Seite: Die Garantiekommission verlangt, daß dem Reichsfinanzministerium Delegierte des Garantiekomitees beigegeben von denen einer die Kontrolle über die Einnahmen, der andere die Kontrolle über die Ausgaben führen soll. Diesen Delegierten bezw. dem Garantiekomitee selbst sind alle Haushaltspläne zu übergeben, die dem Reichsrat vorgelegt werden. Dieses gilt auch von allen Nachtragsetats. Auch verlangt die Garantiekommission lückenlose regelmäßige Berichterstattung über alle Etatsüberschreitungen. In langen Verhandlungen einigte man sich mit dem Garantiekomitee, daß eine einmonatliche Aufstellung dieser vorgenannten Pläne ständig vorgelegt werden sollen. Das Garantiekomitee verlangt fernerhin rechtzeitige Unterrichtung über alle Steuerprojekte und -pläne sowie über alle Finanzvorlagen. Von französischer Seite wurde außerdem die allerschärfste Kontrolle über tatsächliche Steuereinnahmen auch bei den einzelnen Finanzämtern gefordert, unter dem Vorgeben, die Steuererhebungen würden nachlässig gehandhabt, und damit die Sanierung des deutschen Finanzwesens sabotiert. Das Garantiekomitee fordert im Zusammenhang mit diesen französischen Forderungen die Einrichtung ständiger örtlicher Kontrollorgane des Garantiekomitees bei allen Landesfinanzämtern. In den Verhandlungen einigte man sich dahin, daß ein sogenannter beweglicher Kontrolldienst geschaffen wirde, der zusammen mit deutschen Kontrollbeamten herumfährt, um dabei Stichproben durch diese Kontrolle durchzuführen.

Bayern und das Reich.

TU. **München**, 20. Juli. Im bayerischen Landtage wurde die Regierung gefragt, wie es mit der vom Reich angeordneten

Entfernung der Fürstenbilder, Wappenschilder und sonstiger Hoheitszeichen

aus den Gebäuden der Finanzverwaltung sei. Der Finanzminister erwiderte, was das Reich entferne, sei seine Sache. Aber diese Gegenstände seien Eigentum des bayerischen Staates. Es wäre selbstverständlich gewesen, daß man der bayerischen Regierung mitgeteilt hätte, diese Sachen zu entfernen und daß man angegeben hätte, wohin sie zu bringen seien. Es kann sich z. B. bei den Wappenschildern um Gegenstände handeln, die man nicht so ohne weiteres entfernt sehen wolle; es muß erwogen werden, ob die Entfernung einer Sache in einem Verhältnis zu dem Wert steht, wenn sie zerstört wird.

Das bayrische Defizit.

TU. **München**, 21. Juli. Wie jetzt feststeht, beläuft sich der Fehlbetrag des bayerischen Staatshaushalts für 1921 auf 70 Millionen, für 1922 auf 410 Millionen Mark. Zur Deckung dieses Fehlbetrages muß der Anleiheweg beschritten werden, was in Anbetracht der guten Kreditfähigkeit Bayerns nach der Ueberzeugung des Finanzministers keine Schwierigkeiten bringen wird.

TU. **München**, 21. Juli. Der Haushaltsausschuß des bayerischen Landtages hat sich dahin ausgesprochen, daß das Finanzministerium über die

Errichtung einer eigenen bayrischen Finanzverwaltung

dem Landtage zu Beginn der nächsten Session eine Vorlage unterbreiten soll.

TU. **München**, 21. Juli. Im bayerischen Landtage erklärte der Finanzminister, auf seine Vorstellungen hin habe sich die Reichsregierung bereit erklärt, von einer vorläufigen Aufhebung der Regierungsfinanzkammern Abstand zu nehmen. Inzwischen habe es sich gezeigt, daß es so nicht weiter gehen könne, da bei den Landesfinanzämtern zu große Rückstände entstanden seien, daß bei dem bayerischen Staate Millionen-Verluste einträten. Die bayerische Regierung sei nicht von jeder Schuld freizusprechen. Es gehe nicht an, Reichsgeschäfte zu erledigen und die Landesgeschäfte liegen zu lassen.

Aus dem Reichsrat.

w. **Berlin**, 20. Juli. Der Reichsrat stimmte den vom Reichstag beschlossenen Steuervorlagen und den mit dem Schutz der Republik zusammenhängenden Gesetzen zu. Im Namen Thüringens wurde gegen die beschlossenen Steuererleichterungen Einspruch erhoben, weil damit für Thüringen ein Ausfall von mindestens 300 Millionen für den Staat und 300 Millionen für die Gemeinden verbunden sei.

Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft.

w. **Berlin**, 20. Juli. Die Vertreter der drei Reichstagsfraktionen, der Deutschen Demokratischen Partei, der Deutschen Volkspartei und des Zentrums traten heute zusammen, um die Bildung der Arbeitsgemeinschaft zu beraten. Die Besprechungen ergaben Einigkeit darüber, daß eine Arbeitsgemeinschaft der verfassungstreuen Mitte geschaffen werden solle, daß sie jedoch weder die Selbständigkeit der einzelnen Fraktionen aufheben, noch einen Bürgerblock im Gegensatz zu der sozialistischen Arbeitsgemeinschaft darstellen solle. Die beabsichtigte Arbeitsgemeinschaft soll dazu bestimmt sein, auf der Grundlage der bestehenden republikanischen Verfassung die deutsche Politik nach außen und innen stetiger und fester zu gestalten und die parlamentarischen Arbeiten zu vereinfachen und zu erleichtern. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

Richtlinien für die Schulen zum Schutz der Republik.

w. **Berlin**, 20. Juli. Auf Einladung des Reichsministeriums des Innern an die Unterrichtsminister der Länder fand am 19. 7. eine Besprechung über Maßnahmen statt, die zum Schutze und inneren Festigung der Republik von den Unterrichtsverwaltungen der Länder zu treffen sind. Die Richtlinien, die vom Reichsministerium des Innern vorgelegt wurden, fanden mit geringfügigen Abänderungen die Zustimmung der Konferenz. Sie beziehen sich einerseits auf die Ausgestaltung des staatsbürgerlichen Unterrichts und die Umgestaltung der Lehrbücher, Lehrpläne, sowie Ausbildung und Fortbildung der Lehrer aller Schulgattungen, andererseits auf Maßnahmen der Schulordnung und Disziplin. Die Veröffentlichung der Richtlinien erfolgt in der nächsten Zeit.

Weitere Abgabe deutscher Flußschiffe.

w. **Berlin**, 20. Juli. Auf Grund des Artikels 339 des Versailler Vertrages, der bestimmt, daß Deutschland an die alliierten und assoziierten Mächte, die an den internationalisierten Strömen beteiligt sind, einen Teil seiner Binnenschiffe, und zwar entsprechend dem berechtigten Bedürfnis der beteiligten Parteien abtreten soll, wurde nunmehr auch der Schiedsspruch durch den amerikanischen Schiedsrichter bezüglich der Schiffabtretung auf der Oder gefällt. **Obgleich die deutsche Regierung in zahlreichen Denkschriften und Verhandlungen den Standpunkt vertrat, daß eine Schiffabtretung auf der Oder nicht in Betracht kommen könne, insbesondere weil im Gegensatz zu den anderen internationalisierten Strömen Rhein, Elbe und Donau die schiffbare Oder ausschließlich auf deutschem Gebiet verläuft, sind nach dem Schiedsspruch dennoch alsbald abzutreten:**

An die Tschecho-Slowakei 35 007 To. Kahnraum und 5685 PS. Schleppkraft, sowie ein Liegeplatz in Oppeln, und an Polen 40 700 To. Kahnraum und 4890 PS. Schleppkraft, sowie ein Liegeplatz in Küstrin.

Aus der deutsch-nationalen Volkspartei.

bb. **Berlin**, 20. Juli. Im Deutschen Abendblatt veröffentlichen die deutschnationalen Abgeordneten Graefe, Goldebee und Reinhold Wulle eine Erklärung, in der sie gegenüber der Fraktion und der Parteileitung den schärfsten Einspruch erheben gegen den Ausschluß des Abgeordneten Henning aus der Reichstagsfraktion. Sie erklären, daß für sie unter Vorbehalt etwaiger weiterer Entschlüsse die Beteiligung an den Arbeiten der Reichstagsfraktion zunächst unmöglich sei.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

w. **Warschau**, 20. Juli. Gestern wurde zwischen dem deutschen Bevollmächtigten, Ministerialdirektor von Stockhammern, und dem polnischen Bevollmächtigten, Minister Olzewski, das Programm für die deutsch-polnischen Verhandlungen auf Grund der beiderseits aufgestellten Listen vereinbart. Es umfaßt in weitem Umfange politische, finanzielle und wirtschaftliche Fragen. Zugleich wurde schon jetzt vereinbart, daß Polen den Transit nach Rußland für Deutschland freigibt, und daß Deutschland hinsichtlich der Warenausfuhr nach Polen ebenso wie andere valutaschwache Länder behandelt wird. Die in der Kommission zu erledigenden Verhandlungen beginnen voraussichtlich am Montag.

Ein festgenommener Vaterlandsverräter.

D. **Berlin**, 21. Juli. Der Polizei ist es gelungen, wieder eines erbärmlichen Gesellen habhaft zu werden, durch dessen Schwindel Deutschland immer wieder in Komplikationen mit der Entente gestürzt werden sollte. Ehe er eine neue Schandtat ausführen konnte, wurde der in Hildburghausen geborene Handlungsgehilfe Karl Schuchardt, zuletzt in Leipzig tätig, hinter Schloß und Riegel gesetzt. Ueber diesen Anspach Nr. 2 wird u. a. mitgeteilt: Seit einiger Zeit konnte festgestellt werden, daß die französische Militärkommission abermals mit vollkommen erfundenen Nachrichten über angebliche geheime deutsche Waffenlager u. drgl. versorgt wurde. Schuchard erhielt von französischen Behörden in Mainz Aufträge in Hülle und Fülle. Er konnte seinem Chef nicht genug Material beschaffen. Vor allem hatte er Auftrag, Handelsspionage zu betreiben, und als er diese nicht mehr einträglich genug fand, verlegte er sich auf Anfertigung wertvoller Nachrichten über deutsche „geheime Mobilmachung." Schuchardt richtete noch kurz vor seiner Verhaftung an den Chef der Internationalen Militärkommission, General Nollet, einen Brief, in dem er diesem anbot, für die französische Regierung bei der Handelskammer in Leipzig Spionage betreiben zu wollen.

Englische Absichten!

TU. **London**, 21. Juli. **Während die englische Regierung offiziell aus taktischen Gründen Zurückhaltung hinsichtlich der bereits mitgeteilten Absicht auf Reduzierung der französischen Schuld bewahrt, bringen die amerikanischen Blätter einen Bericht aus London, daß die englische Regierung ein Angebot gemacht habe, ein Drittel der deutschen Reparationsschuld zu streichen und gleichzeitig die französische Schuld auszugleichen. Dieser Bericht wird in London sehr günstig aufgenommen. Die englische Regierung dementiert die ihr zugeschobene Absicht nicht.** Zweifellos wird hier ein Fühler ausgestreckt. Ebenso sicher erscheint es aber, daß ein offizielles Angebot in der genannten Sache noch nicht vorliegt; es muß erst die Absicht der Reparationskommission abgewartet werden, bevor eine neue Besprechung hierüber erfolgen kann.

D. **London**, 21. Juli. Gestern früh fand eine Kabinettssitzung statt, der entscheidende Bedeutung für eine Wendung in der Reparationsfrage beigemessen wird. Lloyd George betrachtet das Moratorium nur als Notbehelf und dringt auf eine Anleihe für Deutschland. Sollte eine Einigung mit Frankreich nicht erzielt werden, so ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die englische Regierung mit Deutschland in gesonderte Verhandlungen eintritt.

D. **Newyork**, 21. Juli. Der in der englischen Presse erörterte Gedanke eines Verzichts auf Rückzahlung der französischen Schuld wird als das gegebene Mittel zur Lösung der Reparationskrise begrüßt. Die Regierung der Vereinigten Staaten ist aber keineswegs zur Nachahmung der englischen Absichten bereit.

Ein französisches Dementi.

w. **Paris**, 20. Juli. Wie Havas meldet, wird von der Reparationskommission die Nachricht der Chikago Tribune, Deutschland sei mit Zustimmung Frankreichs versuchsweise ein Moratorium von drei bis sechs Monaten für seine Barzahlungen bewilligt worden, für unrichtig erklärt.

Die italienische Kabinettsfrage.

TU. **Rom**, 20. Juli. Als wahrscheinlicher Nachfolger de Factas wird Orlando, als Minister werden Bonomi, Mida, Nava genannt.

TU. **Berlin**, 20. Juli. Am Mittwoch wurde bei dem politischen Schriftsteller Dr. Eduard Stadtler eine Haussuchung vorgenommen, da Dr. Stadtler in dem Verdacht steht, mit Geheimorganisationen in Verbindung gestanden zu haben. Einige an Stadtler gerichtete Briefe und von ihm hergestellten Briefentwürfe wurden beschlagnahmt.

bb. **Berlin**, 20. Juli. Die Zentralstelle vaterländischer Verbände richtete nach der Tägl. Rundschau eine besondere Abteilung zum Schutze der Arbeit ein, um die Arbeitnehmer bei Terrorfällen mit Schadenersatz zu unterstützen und um ihnen Rechtsschutz und Arbeitsvermittlung zuteil werden zu lassen.

Amtlicher Wetterbericht.

Von Südwesten her ist zwar das Barometer gestiegen, so daß bei uns die starken Regenfälle nachgelassen haben. Bei Irland zeigt sich jedoch bereits wieder neuer Tiefdruck, so daß die Regenpause nur kurz ist. — Voraussichten: Wieder veränderlich und erneut Eintritt von Regenfällen, vorübergehend etwas wärmer.

Verantwortlich: Für Politik: Ernst Renner für Feuilleton und Lokales: Will Lindner; für Handel Sport und Letzte Nachrichten: Theodor Jossen, für „Feierstunden" und den übrigen Textteil: i. V. Will Lindner für Inserate und Reklamen: Eugen Wolff sämtlich in Bochum.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Die Verlobung

meiner Tochter **Margarete** *mit dem Magistratsassessor Herrn Dr.* **Hermann Ostrop** *beehre ich mich bekannt zu geben.*

Frau Auguste Bispinck

Münster i. W., Schützenstr. 6, im Juli 1922.

Meine Verlobung

mit Fräulein **Margarete Bispinck**, *Tochter des verstorbenen Kaufmanns Hermann C. Bispinck und seiner Frau Gemahlin Auguste geb. Hasken beehre ich mich anzuzeigen.*

Dr. Ostrop

Bochum, Bergstr. 77, im Juli 1922.

Statt besonderer Anzeige

Ein gesundes

Mädchen

angekommen.

Magistratsrat Wolf und Frau

Emma *geb.* **Winterberg.**

Bochum, den 20. Juli 1922.

Familien-Drucksachen
liefert in sauberster Ausführung
Buchdruckerei Wilh. Stumpf
Bochum, Buddenbergstraße 11

Wenn Sie sich neu einrichten

Ihr Heim vergrößern oder verschönern wollen

so statten Sie bitte meiner Ausstellung kunstgewerbl. Gebrauchs- und Dekorationsgegenstände einen zwanglosen Besuch ab

A. Homborg
Bochum, Hochstraße 2

Preiswerte
Tapeten
in größter Auswahl
für jede Geschmacksrichtung
in jeder Preislage
★
G. Altegoer
Bochum, Heinrichstraße 4
Fernsprecher 494.

Ein Schlager
für jeden Pfeifenraucher:
nur garantiert echte, reine Tabake. — Beziehen Sie direkt von der Fabrik,
Sie ersparen viel Geld!
Zur Probe 100 Gramm einer Sorte. — 400 Gramm als Musterpostsendung sind am billigsten. 8122



Viele tausende Nachbestellungen und Anerkennungen.

Es kosten versteuert in 100- oder 500-Gramm-Packung:

Grobschnitt p. Pfd. 35.— 48.— 53.— u. 60.— M.
Mittelschnitt p. Pfd. 50.— 55.— 62.— u. 66.— M.
Zigarettentabak Haarschnitt in 50- oder 100-Gramm-Packung, ... per Pfund 120.— u. 144.— M.

gegen Nachnahme, Packung frei, Von 6 Pfund an portofrei. Preisliste franko u. gratis. Preisänderung jederzeit vorbehalten.

Rauchtabak-Fabrik „Weltruf" Emil Köller,
Bruchsal 522, Baden.
Eingerichtet mit den modernsten Spezialmaschinen für Tabakfabrikation.

Gottesdienstl. d. Synagoge
Freitag Abend 7 Uhr.
Samstag Morgen 9½ Uhr.
Samstag Abend 9¹⁰ Uhr.

Stadtausschuß-Ferien.

Auf Grund des Regulativs vom 28. Februr 1884 wird bekanntgegeben, daß der hiesige Stadtausschuß vom 21. Juli bis 1. September ds. Jrs. Ferien hält und während dieser Zeit Termine zur mündlichen Verhandlung nur in eiligen Sachen anberaumt werden.

Bochum, 19. Juli 1922.

Der Stadtausschußdes Stadtkreises Bochum.
Der Oberbürgermeister.

Fleischverteilung.

Am Sonnabend, den 22. Juli 1922, wird auf der Freibank des städt. Schlachthofes für die eingetragenen Kunden **minderwertiges Rindfleisch** verkauft. Es erhalten Fleisch die Nummern:

1—150 morg. von 7—8,
151—300 „ „ 8—9,
301—500 „ „ 9—10,
501—Ende „ „ 10—11.

Das Warenausweisheft ist mitzubringen.

Die Schlachthofdirektion.

Neues
Operetten-Theater
Bochum
Rottstr. 29 Tel. 534

Gastspiel der Kölner Lustspiele
Heute bis einschl. Samstag, 22. Juli 8 Uhr abends:
Der unbeschreibliche Lachorfolg!
Wenn die Liebe nicht wär.
Schwank mit Gesang in 3 Akten.
Ab Sonntag, 23. Juli abends 7½ Uhr:
Zwangs-Einquartierung.
Schwank in 3 Akten.

Reelle Großabnehmer für
Aepfel Birnen Zwetschen Zwiebel
gegen Akkreditiv od. Vorkasse sucht
B. Beißner,
Halberstadt,
Gröperstraße 51.

Grosse Posten
evangelisch.
Gesangbücher
angekommen.
Dauerhafte und vornehme Ledereinbände.
Grösste Auswahl und billigste Preise.
Der Name wird gratis eingedruckt.
Mummeltheysche Zentralbuchhandlung
Bochum
Obere Marktstraße 31.
Telefon 3968.

Schlafzimmer
in echt Eiche und gestrich. mit rot. Dreilmatr. und echt. ital. Marmor, sowie
natur lackierte
Küchen
große schöne Modelle, schwere solide Ware, billig abzugeben.
Fillo & Finger
Bochum Alleestr. 12

Städtisches Orchester Bochum

Heute, Freitag, den 21. Juli, abends 8 Uhr im Stadtpark

2. Abendkonzert

Leitung: Konzertmeister Hans Treichler. / Solisten: Voß, Panse, Schmidt, Becker (Horn)

U. a. Werke von Schumann, Schubert, Mendelssohn, Grieg

Das Konzert findet nur bei günstiger Witterung statt

Industrie-Café

Heute, den 21. Juli, abends 8—11½ Uhr

3. Operetten-Abend

Ausgeführt von dem nur aus ersten Kräften zusammengesetzten großen Industrie-Orchester unter Leitung des Kapellmeisters und Violinvirtuosen

Mario Iseglio

Auf, Arendsianer
zum XIX. Rheinisch-Westfäl. Gautag Arends'scher Stenographen

Sonnabend, den 22. Juli, abends 8 Uhr: **Vertreterversammlung** und Herrenabend im Vereinsheim Dorlöchter, Kanalstraße 48.
Sonntag, den 23. Juli, vorm. 6½ Uhr, im Hotel „Märkischer Hof", gegenüb. dem Hauptbahnhof: **Hauptversammlung,** Gauwettschreiben, Stenograph. Ausstellung. Abends 6 Uhr das Vereinsstiftungsfest.

Rhein.-Westf. Gau. Stenographenverein Arends.

Ferienreisen

sind unerschwinglich teuer. Wer ohne große Geldausgaben seinem überarbeiteten, nervösen, geschwächten Körper Erholung und Kräftigung verschaffen will, der nehme einige Flaschen **Wörishofener Nährsalz-Kräuterblut.** Allein echt im
Wörishofener Kräuterhaus
Bochum, Viktoriastrasse 3

Zentralheizungen
Sanitäre Installation
Lieferung von Rohrleitungen,
Abwärmeverwertungs - Anlagen
Waschkauen, 8114
Albert Staubach, Jng.
Fernspr. 669 Bochum Fernspr. 669

Diese Woche!

Frisches Rindfleisch eigener Schlachtung	44 Mk.
Gehacktes von frischem Rindfleisch	50 Mk.
Leberwurst	36 Mk.
Blutwurst	20 Mk.

Alle anderen Wurstsorten zu den billigsten Tagespreisen.

Adolf Cletsoway,
Bochum, Kleine Beckstraße 1.



Knaben-Uhren
Silberne Uhren
Goldene Herren - Uhren
Goldene Damen - Uhren
Gut und billig!
Colliers, Ketten, Schlipsnadeln, Broschen und Ringe
Manschettenknöpfe, Armbänder in großer Auswahl.
Uhren-Rave Bongardstr. 28 Telephon 2593
Reparatur-Werkstatt mit elektrischem Antrieb.
Beachten Sie bitte meine Schaufenster.

Trau-Ringe
noch sehr billig.
Belelstein
Kortumstr. 18

Alt Gold, -Silber,
(kein deutsches Silbergeld)
Brillanten, Alt Platin
kauft ständig
Gust. Arbeiter
Goldschmied.
A B C - Straße 13.

Offene Stellen

Durch das
Städtische Arbeitsamt Bochum
Trankgasse 7, Eingang E (Telefon: Stadtzentrale
werden Arbeitnehmer für alle Berufsarten vermittelt.

Zum 1. Oktober ds. Js. ist die Stelle des
Organisten
der evangelischen Kirchengemeinde Weitmar neu zu besetzen. Bewerbungen unter Angabe der Besoldungsansprüche werden bis spätestens 5. August an Pfarrer Kraemer in Weitmar erbeten.
Weitmar, 17. Juli 1922.
Das Presbyterium.

Für sof. ein gewandter
Maschinenschreiber und Stenograph
möglichst aus technischer Branche, sowie ein
2. Buchhalter
gesucht.
Ausführliche Angebote mit Lebenslauf, Gehaltsansprüchen und Eintrittstermin sind zu richten an
H. L. Knappstein,
Bochum, Friedrichstr. 9a.

Wir suchen jüngeren
evangel. Herrn
der eine gute Vorbildung besitzt, schriftstellerisch begabt ist und Neigung hat, sich als
Schriftleiter
auszubilden. Entschädigung wird sofort gewährt
Ausführliche Bewerbungen unter Nr. 12559 an die Gesch. d. Ztg.

Suche für sofort einen tüchtigen
Werkzeug- und Maschinen-Schlosser.
Eduard Link
Maschinen-Fabrik
Bochum-Ehrenfeld
Joachimstraße 15.

Für den Bezirk
Weitmar-Bärendorf
wird ein zuverlässiger
Zeitungsbote
gesucht. Zu melden in der Geschäftsstelle, Buddenbergstraße 11.
Fahrgeld wird vergütet.
Märkischer Sprecher.

Steinkohlenbergwerk in der Nähe Bochums sucht zum baldigen Eintritt einen tüchtigen, mit allen einschlägigen Arbeiten vertrauten
1. Markscheider gehülfen.
Angebote sind zu richten unter Nr. 12532 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Junge Leute
die zur See fahren woll. .rb. vorb. Auskl. u. Rat.
Auskunftei Hamburg 36. Schlf. 112, F. 98.

Ein Lehrmädchen
aus gut. Fam. nicht unter 15 Jahren sofort gesucht.
Konditorei und Café
Fr. Rüsberg
Buddenbergstraße 6.

Zum 1. Aug. ein ordentl.
Mädchen
nicht unter 24 Jahren für größeren Geschäftshaushalt gesucht. Dasselbe muß die bürgerliche Küche verstehen und etwas Hausarbeit übernehmen.
Konditorei Rüsberg
Buddenbergstraße 6.

Suche zum baldigen Eintritt für landwirtschaftlichen Haushalt
tüchtiges, besseres Mädchen
bei Familien-Anschluß u. Gehalt.
Angebote unt. Nr. 12629 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Tücht. in allen Hausarbeiten erfahrenes
Mädchen
für kl. Haushalt (3—4 Erwachsene) wegen Erkrankung des bisherigen sofort gesucht.
Schellstr. 20 (Rechen) part.

Stellengesuche

Jung. Mann, 21 J., kath., nation. Ges., Sohn achtb. Eltern, sucht bess. Beschäftigung evtl.
Vertrauensposten
in Privatbetr. od. b. gr. Firma. Wer Wert auf eine wirklich ehrliche und brave Person legt, wende sich unter Nr. 12562 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Kaufgesuche

Kaufe
und zahle hohe Preise für gebr. Möbel aller Art, a. Sofas, Betde, Federbetten u. s. w. Karte genügt, komme sofort.
Baron, Sedanstraße 12

Gebr. silb. Besteck
zu kaufen ges. Strengste Diskretion. Angeb. unter Nr. 12604 a. d. Gesch. d. Ztg.

Friseur,
welcher durch Inserate
Frauenhaare
kauft, als dauernder Lieferant von bedeutender Haarfabrik gesucht. Bezahle höchste Preise und vorher. Kasse. Ausführl. Off. unt. Nr. **12639** an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Flaschen
kauft an und holt ab
Ludwig Bongardt,
Wiemelhauserstr. 41. Fernr. 2964

Goldankauf
E. Belelstein,
Kortumstraße 18.

Verkäufe

Ladentheke
1,70 lang zu verkaufen.
Castroperstraße 65.

Herrenzimmer
komplett, wie neu, aus Privathand für 40 000 M. abzugeben. Angeb. unter Nr. 12640 a. d. Gesch. d. Ztg.

Fast neuer
Damenmantel
zu verkaufen.
Generalstr. 1a, 2. Et.

Gaskocher mit Tisch
z. verk. Pieperstr. 33, 1. Etg.

Maurer gesucht
E. Hegerfeld, Industriebauges. m. b. H.,
Bochum.
Baustelle: Zeche Engelsburg: Polier Daum,
Baustelle:
Zeche Dannenbaum I: Polier Sauerbier.

Für den Bezirk Grumme wird ein zuverlässiger
Zeitungsbote
gesucht. Zu melden in der Geschäftsstelle, Buddenbergstraße 11.
Fahrgeld wird vergütet.
Märkischer Sprecher.

Größeres westfälisches Eisen- und Stahlwerk sucht für sein Einkaufsbüro tüchtigen jüngeren
Kaufmann
mit mehrjähriger Praxis in der Eisen- und Werkzeug-Branche für baldigen Eintritt. Fertigkeit in Stenographie und Maschinenschreiben erforderlich.
Ausführliche Angebote mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Angabe des frühesten Eintrittstermins erbeten unter **E. M. 2033** an die Ala, Haasenstein & Vogler, Essen, Selmastraße 18.

Stenotypistinnen
mit bestem Können gegen gute Bezahlung gesucht.
Fr. Gröppel,
Bochum V.



Rechenmaschinen
Reparaturen
Büromaschinen
neu u. gebraucht
HUGO MÖLLER
Kronenstraße 31. Fernsprecher 1020

Vernickeln
8550 sämtlicher Haushaltungsgegenstände, Aufarbeiten von Kronleuchtern, Messingstangen u.s.w. übernimmt
Vernickelungs-Anstalt
Fritz Lenz Alleestraße 10
Neben der Christuskirche
Verkupfern

Nerven-, Rheuma-, Gicht- Ischiaskranke!
Verlangen Sie kostenlose Aufklärungsschrift und Auskunft durch das
Elektro-galvan. Heil-Institut
Bochum, Königstraße 20.
Behandlungszeit v. 9-7 Uhr, Sonntags v. 9-12 Uhr
Aerztliche Gutachten u. Dankschreiben liegen auf



Wost du ne guode Büxe koupen?
Dann most du noh't Baukumer Buxenhus loupen!
Bochumer Hosenhaus
A. Kurze, Hernerstraße 6
Haltestelle Kortländer, Linie 2 und 6. Fernruf 2185.

Nr. 168. Zweites Blatt. Bochumer Zeitung **Märkischer Sprecher** Rh.-Westf. Tageblatt Freitag, 21. Juli 1922

Bochumer Nachrichten.

(Nachdruck unserer Originalberichte ist ganz oder auch im Auszuge nur mit genauer Quellenangabe gestattet

Bochum, 21. Juli.

600 Proz. Gemeindezuschläge zur Wohnungsbauabgabe im Industriegebiet?

kl. Wie die „Korrespondenz Industriegebiet" von unterrichteter Seite hört, sind die Stadtverwaltungen des Industriegebiets fest entschlossen, den Bankerott des Wohnungsbaues, wie er bei den Bergmannssiedelungen erklärt worden ist, beim gemeindlichen Wohnungsbau zu vermeiden. Die Besprechungen der Oberbürgermeister gehen deshalb jetzt dahin, daß die gemeindlichen Zuschläge zur Wohnungsbauabgabe, die zur Finanzierung der kommunalen Bauvorhaben dienen, der Bauverteuerung entsprechend auf 600 Proz. gebracht werden sollen. Bisher erstrebte man bekanntlich 300 Proz. Eine Abordnung der Städte soll der Staatsregierung die Notwendigkeit des Satzes von 600 Proz. darlegen und sie zur Genehmigung desselben bewegen.

Die Stadtverordnetenversammlung

hält am 28. Juli ihre nächste Sitzung ab. Auf der Tagesordnung stehen neben Wahlen von Ausschußmitgliedern die Erhebung von Verwaltungsgebühren, Aenderung der Friedhofsordnung, Gebührentarif für das chemische Untersuchungsamt, Nachprüfung der Wirtschaftsführung der Stadt bezw. der städtischen Lebensmittelversorgungsstelle, Beschaffung eines Automobilsprengwagens und Lohnerhöhung der städtischen Arbeiter.

* **Kinderheimkehr.** Das städtische Jugendamt teilt mit, daß die z. Zt. im Adolfinenheim auf Borkum untergebrachten Bochumer Kinder am Sonnabend, den 22. Juli 1922, nach hier zurückkehren. Die Kinder treffen voraussichtlich mit dem Zuge 6,11 Uhr abends auf dem hiesigen Hauptbahnhof ein.

ha. **Nur die Post versagt.** Die Einnahmen des Reiches übersteigen infolge der Geldentwertung fortgesetzt den Voranschlag. Es gilt dies für Steuern und Zölle sowie für die Reichsbahn, aber nicht für die Post. Sämtliche Abgaben haben im April und Mai dieses Jahres 30,8 Milliarden überschritten, während nach dem Voranschlag nur 16,1 Milliarden, den 6. Teil von 108,7 Milliarden, zu erwarten gewesen wären. Es gilt dies für Besitz- und Verkehrssteuern, die statt 11,2 bereits 22,1 Milliarden gebracht haben, ebenso wie für Zölle und Verbrauchssteuern, die statt 6,3 schon wenigstens 6,8 ergeben. Die Einnahmen der Reichsbahn sind für das ganze Rechnungsjahr auf 100,8 Milliarden veranschlagt, für zwei Monate also 16,8, während schon über 20 Milliarden eingegangen sind. Die Post veranschlagt ihre Einnahmen für das Jahr dagegen auf über 20,8 Milliarden, in zwei Monaten also nicht ganz 3½ Milliarden. Sie hat aber nur etwas über 2¾ Milliarden erzielt. Sind doch auch hier die Gebühren in einem halben Jahre z. T. auf das 6- bis 7fache gesteigert worden.

× **Zulagenerhöhung für Rentenempfänger aus der gewerblichen Unfallversicherung.** In dem soeben veröffentlichten Gesetz über die weitere Erhöhung der Zulagen in der Unfallversicherung vom 3. Juni 1922 wird folgendes bestimmt: 1. Die bisherigen Zulageempfänger (das sind solche, welche 50 Proz. und mehr Grundrente beziehen, sowie die Empfänger von Witwen-, Waisen- und Elternrenten) erhalten ab 1. Juli 1922 den Prozentsatz ihrer Rente nach einem Jahresarbeitsverdienst von 24 000 Mark berechnet (statt bisher 12 000 Mark). Es tritt also ab 1. Juli 1922 eine Verdoppelung des von der Post zu erhebenden Monatsrentenbetrages ein. Die Auszahlung der neuen Beträge wird von der Post erstmals am 1. August bewirkt (einschließlich der Nachzahlung für den Monat Juli). Am 1. August haben demnach die vorbezeichneten Rentenempfänger über das Dreifache des am 1. Juli erhobenen Rentenbetrages an der Rentenzahlstelle zu quittieren. Die Postanstalten sind entsprechend angewiesen. — 2. Empfänger von Renten mit 33⅓ bis 49 Proz. erhalten ab 1. Juli eine Zulage in der Weise, daß die Renten nach einem Jahresarbeitsverdienst von 15 000 Mk. zu berechnen sind. Die Ver.-Gen. betreiben die Ausrechnungen, Anweisungen und Benachrichtigungen an diese Empfangsberechtigten mit größter Beschleunigung. Es ist zu erwarten, daß auch diese Renten voraussichtlich noch bis Ende August zur Anweisung gelangen können.

o **Das Ende der Germaniabriefmark.** Infolge der häufigen Postgebührenerhöhungen der letzten Jahre und der Ueberlastung der Reichsdruckerei ist es nicht möglich gewesen, die jeweils erforderlichen neuen Markenwerte stets rechtzeitig herzustellen; einige Werte der Germaniaausgabe haben daher aushilfsweise im Verkehr belassen werden müssen. Der Verkauf der noch vorhandenen Germaniamarken, es handelt sich in der Hauptsache um solche zu 75 Pfg., 1¼ Mark und 4 Mark, wird nunmehr mit Ablauf des Monats September bei den Postanstalten eingestellt werden. Sämtliche Germaniamarken verlieren mit dem 31. Oktober d. J. ihre Gültigkeit. In den Händen des Publikums befindliche Stücke können bis zu diesem Tage gegen andere Postwertzeichen zum Nennwert umgetauscht werden.

nbl. **Zeit des tariflich gewährten Urlaubs.** Der paritätische Ausschuß beim Zechenverbande des Ruhrbezirks hat hinsichtlich der Zeit, in der der tariflich festgelegte Urlaub erteilt werden soll, folgende Vereinbarung getroffen: „Grundsätzlich steht für die Erteilung des tariflichen Urlaubs das ganze Kalenderjahr zur Verfügung. Es wird jedoch den Zechenverwaltungen empfohlen, die Beurlaubungen, soweit es die betrieblichen Verhältnisse zuzulassen, nach Möglichkeit in die Zeit vom 1. März bis 31. Oktober zu verlegen und die Bekanntgabe der Urlaubspläne möglichst vor dem 1. März vorzunehmen. Aenderungen dieses Urlaubsplanes aus persönlichen oder betrieblichen Gründen bleiben vorbehalten, sollen jedoch möglichst frühzeitig dem Betroffenen mitgeteilt werden.

ki. **Die 2. Rheinisch-Westfälische Tabakmesse** ist gesichert. Sie findet, wie wir hören, vom 6.—10. September in den Essener Ausstellungshallen statt. Infolge des glänzenden Ergebnisses der ersten Tabakmesse in diesem Frühjahr in Essen, auf der alle Aussteller große Abschlüsse machten, sind schon jetzt fast die ganzen Hallen vermietet.

⊙ **Vor Schöffengericht** wurde gestern vormittag der Gemüsegroßhändler R. von hier zu einer Geldstrafe von 600 Mark verurteilt, weil er Aepfel, die bereits vollständig verdorben waren, noch an die Händlerin B. veräußert hatte.

Q **Der Handel mit gefälschten Kohlenscheinen.** Gegenwärtig wird in Bochum und Umgegend ein Handel mit gefälschten Kohlenbüchern und Kohlenscheinen betrieben. Personen, welche in ihrer Vorsorge für den Winter bereit sind, unter Hand Kohlen zu kaufen, werden durch die Agenten oder Fälschen um größere Summen betrogen und haben dazu noch die Unannehmlichkeiten eines Gerichtsverfahrens zu ertragen. Bei den Zechen Karolinenglück und Präsident wurden an einem Tage fünf gefälschte Kohlenbücher und Kohlenscheine angehalten. Eine mehrstündige Verhandlung vor der Ferienstrafkammer des Landgerichtes gab über das Unwesen dieser Fälschungen einige Aufklärung. Es wurde festgestellt, daß diese Fälschungen vornehmlich in den Keller- und Schnapskneipen ausgeführt werden. Geübte Fälscher besorgen die entsprechenden falschen Eintragungen, andere Mitglieder der Gesellschaft vertreiben dann in den Häusern und auf der Straße die gefälschten Kohlenpapiere gegen Preise von 100 bis 1000 Mark. Kommen die von den Aufkäufern bestellten Fuhrleute zur Zeche, um die Kohlen abzufahren, so wird meistens die Fälschung festgestellt. Wie weit dieser Unfug gediehen, erklärt die Angabe eines Angeklagten, daß täglich gefälschte Kohlenscheine in Umlauf gekommen. Vor der Strafkammer hatten sich deserhalb der Bergmann Gottlieb Kloh, der Arbeiter Ruhnau, der Bergmann Bayer und der Former Wilhelm Hölscher, sämtlich von hier, zu verantworten. Kloh verführte den von der Zeche abgekehrten Hölscher, ihm die von der Zeche nicht eingezogenen Kohlenbücher und -Scheine auszuhändigen, die Kloh, geübt mit der Feder, in einer Schnapskneipe fälschte, während Ruhnau und Bayer die gefälschten Papiere in den Häusern und auf der Straße an den Mann brachten. Kloh will aus Not gehandelt haben, in Wirklichkeit war der Hang zur Schnapsflasche die Triebfeder. Kloh bezichtigte als Mitfälscher einen gewissen Maurer Ludwig Mergel. Das Gericht war der Ansicht, daß dieser Fälschungsunfug eine große Gefahr für das Publikum in sich berg, dem gesteuert werden müsse. Kloh wurde zu 9 Monaten Gefängnis, Ruhnau trotz seiner vielen Vorstrafen wegen Betruges zu 2 Monaten, Bayer zu 3 Wochen und Hölscher zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Hölscher, den das Gericht als verführt ansah, erhielt Strafaussetzung zugebilligt bei Zahlung einer Geldstrafe von 4000 Mark.

* **Städtische Gemäldegalerie.** Die Einführung in die jetzige Ausstellung der Aachener Künstler wird Herr Dr. Reiche am Sonntag, 23. d. M., vorm. 11½ Uhr halten.

* **Rasch tritt der Tod den Menschen an.** Dienstag abend beabsichtigte ein junger Mann aus Herne, in der Nähe der Bödestraße in den fahrenden Straßenbahnwagen zu steigen; dabei tat er einen Fehlgriff und geriet unter den Anhänger, der ihm den Unterleib vollständig zerfetzte. Der Tod trat bald nach dem Unglück ein.

* **Städt. Orchester.** Heute findet im Stadtpark (bei günstigem Wetter) ein Abendkonzert statt. Wir verweisen auf die Anzeige.

Scheckfälscher verhaftet.

Nachdem in letzter Zeit wiederholt bei verschiedenen hiesigen Banken gefälschte und auf hohe Beträge gestellte Schecks vorgelegt und auch zur Auszahlung gekommen waren und am 15. 7. 1922 bei der Essener Credit-Anstalt ein etwa 15jähriger Bursche erschien, um 37 000 Mk. abzuholen, schöpfte der Bankbeamte Verdacht. Die sofort telephonisch verständigte Kriminalpolizei nahm die Verfolgung auf, und es gelang endlich, in der Nähe des Lindenhofes diejenige Person zu fassen, die den Knaben unter dem Versprechen der Zahlung von 200 Mk. für den Gang zur Bank geworben hatte. Der Auftraggeber wurde als der Kellner Hubert Scheidt aus Düsseldorf festgestellt. Obwohl er zunächst hartnäckig leugnete, mit den Fälschungen etwas zu tun zu haben, und glauben machen wollte, daß er selbst von einem Unbekannten unter Zusicherung von 500 Mk. um die Abholung gebeten worden sei, mußte er doch endlich im Kreuzverhör seine Betrügereien zugeben. Er hat seit Monaten in Gemeinschaft mit drei Komplizen, von denen bereits vor einem Viertel Jahr zwei in Berlin festgenommen worden sind, viele Städte Deutschlands bereist und fortgesetzt unter Anwendung von Tintentod die Betrügereien verübt und dabei recht hohe Beträge erlangt, die aber stets sogleich äußerst leichtfertig verpraßt worden sind. Der angerichtete Schaden wird auf 1½ Millionen geschätzt. Die Betrüger haben nicht nur die in den Banken angebrachten Briefkästen mittels Nachschlüssels geöffnet, und die die Schecks enthaltenen Briefe entwendet, sondern sogar als Postbeamte verkleidet, die Reichsbriefkästen entleert, die an die Banken gerichteten Briefe herausgesucht und ihr einträgliches Geschäft in äußerst dreister Weise verübt. Sie sind durch die Verhaftung für die nächste Zeit unschädlich gemacht.

Aus dem Landkreise Bochum.

* **Laer**, 20. Juli. In der Gemeinderatssitzung wurde die Aufnahme einer Anleihe von 2½ Millionen Mark zur Ausführung von Wohnungsbauten usw. beschlossen. Der gemeindliche Zuschlag zur Wohnungsbauabgabe soll außer dem Pflichtzuschlag 50 Prozent betragen. Dem Beschlusse der Schuldeputation auf Errichtung von 2 Konrektorstellen stimmte die Gemeindevertretung zu. Ebenso wird die Anschaffung von je einer Nähmaschine für die Schulen Laerheide, Laerdorf und für die Mittelschule gutgeheißen. Die Vergütungssätze für Schulausflüge wurden neu festgesetzt. Die Müllabfuhrgebühren betragen für 1922: für einen gebührenpflichtigen Raum 4 Mk., für jede Bäckerei 75 Mk. Als Ersatzmann für den Schlichtungsausschuß anstelle eines ausgeschiedenen Mitgliedes wurde der Bergmann Heinrich Wienkop gewählt. Die s. Zt. festgesetzten Sätze für die Armenunterstützung wurden infolge der Teuerung um 50 Prozent erhöht.

b. **Werne**, 20. Juli. **Von der Tätigkeit der Sanitätskolonne.** Die Inanspruchnahme der Freiwilligen Sanitätskolonne vom Roten Kreuz war im abgelaufenen Kalenderhalbjahre äußerst rege. Allein in 73 Fällen wurden Gemeindeeingesessenen durch Anlegung von Notverbänden die erste Hilfe geleistet. In mehreren Fällen stellte die Kolonne Sanitätsmannschaften zu der Bergung und Heimschaffung Verunglückter aus Grubenbetrieben. Die Tätigkeit der Kolonne ist, wie allgemein bekannt sein dürfte, kostenlos. Falls bei größeren Sport-, Turn- oder sonstigen Festlichkeiten die Anwesenheit von Sanitätsmannschaften erwünscht sein sollte, sind bezügliche Anträge mindestens 8 Tage vor der Festlichkeit an den Vorsitzenden der Kolonne, Bürovorsteher Busch, zu richten.

b. **Werne**, 20. Juli. Der Allgemeinen Volksbildungsvereinigung „Feierabend" ist die Besichtigung mehrerer industrieller Betriebe gestattet worden. Es kommen in Betracht: Zechen-Nebengewinnungsanlage, Eisen- und Drahtwerke, Glashütte, Elektrizitätswerk und eine moderne Buch- und Zeitungsdruckerei. Als erste Besichtigung kommt die der Nebengewinnungsanlage der Zeche Heinrich-Gustav hier in Frage, die am Mittwoch, den 26. Juli 1922, nachm. 4 Uhr stattfindet. Treffpunkt am Hellweg an der Anlage selbst. Es sei noch besonders darauf hingewiesen, daß zu allen Besichtigungen nur Personen zugelassen werden, die ihren Beitritt zur Vereinigung erklärt haben. Die Zeiten der weiteren Besichtigungen werden den Mitgliedern rechtzeitig bekannt gegeben werden.

r. **Harpen**, 19. Juli. **40 Jahre Hebamme.** Am 24. Juli 1922 begeht die Frau Wwe. Straube in Harpen ihr vierzigjähriges Dienstjubiläum. Welche Fülle von Aufopferung, Entsagung, Geduld, Arbeitsleistung und Liebe im Dienste der Menschheit liegt in diesen Worten! Zu jeder Stunde, ob bei Tage oder bei Nacht, hat sie gern und freudig, mit stets gleichbleibender Ruhe und in treuestem Pflichteifer ihre Kräfte der hilflosen Menschheit gewidmet. Generationen sind es, die durch ihre rührigtätige und allbeliebte Hilfe das Licht der Welt erblickt haben. Wie viele Tränen des Schmerzes aber auch des Mutterglückes und Vaterstolzes hat sie weinen sehen, und sie hat stets gern in der ihr eigenen bescheidenen Weise daran herzlichen Anteil genommen. Und wie vielen Frauen und Kindern ist Frau Straube vermöge ihres Fachwissens und ihres Geschicks, gegründet auf jahrzehntelange Praxis, der Lebensretter geworden! Kein Wunder, wenn Frau Straube trotz ihres Alters auch heute noch sehr begehrt wird, versteht sie doch ihren Dienst noch ebenso sorgfältig und gewissenhaft wie eine 30jährige. Wer daher Frau Straube kennt, weiß, was er an ihr hat; und wohin sie kommt, ob zu arm oder reich, da wird sie mit zur Familie gerechnet, und vor ihr gibt es dann keine Geheimnisse, zumal sie über alle Familienverhältnisse schweigen kann wie ein Grab. So gehen denn heute unsere Gedanken zurück in die Wochenbettstube, in die Stätte des Mutterglückes und des Vaterstolzes, woselbst Frau Straube den jungen Ehrenbürger der beglückten Mutter und dem stolzstrahlenden Vater zum ersten Kuß darreichte. Freudig bewegt, und in aufrichtiger, herzlicher Dankbarkeit und Verehrung nehmen deshalb alt und jung, vornehm und gering, Mann und Frau, in nah und fern, innigen Anteil an dem Jubelfeste der Frau Straube und bitten den lieben Gott, daß er ihre opferwillige Hingabe im Dienste der Menschheit reichlich lohnen möge, vorab hier auf Erden durch ein sonniges, sorgenloses Alter und dereinst in reichstem Maße in der Ewigkeit; denn „Was ihr dem Geringsten meiner Brüder getan habt, das habt ihr mir getan," und „Wer eines der Kleinen in meinem Namen aufnimmt, der nimmt mich auf." Herzlichen Glückwunsch!

* **Gerthe**, 20. Juli. In der Gemeinderatssitzung wurde beschlossen: Die Gemeindewohnungsbauabgabe für das Jahr 1922 soll 50 Prozent des Nutzungswertes betragen. Von der Erhebung der Höchstsumme von 75 Proz. wurde abgesehen. Aus den aufkommenden Steuerbeträgen sollen weitere Wohnungen durch die Gemeinde errichtet werden. Bei der Verhältniswahl

Steffani Drehsa.

Roman von Alexandra v. Bosse.

2) (Nachdruck verboten)

Wo das Paar vorüberschritt, wendeten die Köpfe sich herum; man fragte neugierig: „Wer ist denn das?" — Der Graf Drehsa? — Und seine Frau? — Ach was — die geborene Wagnitz? — Prachtvolle Erscheinung!"

Sie fielen beide auf, der schlanke müde, offenbar kranke Mann und die schöne, blühende Frau an seiner Seite.

Nun war es schon von Mund zu Mund gegangen, daß Drehsas da wären; Steffani sah sich von allen Seiten begrüßt und wunderte sich, daß sich so viele ihrer noch erinnerten, denn vor sechs Jahren war sie nur die kleine Wagnitz gewesen, ein unbedeutendes Ding unter vielen anderen, das, besonders von den älteren Herrschaften wohlwollend übersehen worden war. Aber sie freute sich, es war ihr zumute, als begrüßten sie nicht alle diese Leute, sondern als hieße die liebe Heimat sie willkommen. Man umringte sie, fragte und staunte. Mit strahlenden Augen, lachendem Mund beantwortete sie Fragen, erwiderte Liebenswürdigkeiten, ließ sich bewundern und bewegte sich im Kreis dieser ihr zumeist schon fremd gewordenen Gesellschaft mit der Sicherheit einer Dame der großen Welt.

Da verneigte sich ein kleiner, hagerer Husarenrittmeister vor Steffani. „Ich weiß nicht, ob Frau Gräfin sich meiner noch erinnern werden?"

Steffani sah in ein häßliches, kluges Gesicht mit kurzer, krummer Nase und funkelnden, kleinen schwarzen Augen unter rostroten Brauen. Ueber der hohen schmalen Stirn starrte rotes Haar.

„Gewiß, Herr v. Blinsky," erinnerte sie sich. „Wie geht es Ihnen, und wie geht es Ihrer Frau?"

„Danke", erwiderte er kurz; dann schlug er die Hacken zusammen: „Wollen Sie mir die Ehre erweisen, Gräfin?"

„Tanzen? Warum denn nicht."

Schon hatte er den Arm um sie gelegt, mit der Linken raffte sie die Schleppe, und sie glitten über den spiegelnden Boden dahin. Da folgten viele Augen dem Paar, und Mütter, deren Töchter einst gleichzeitig mit der Steffi Wagnitz zum erstenmal getanzt hatten, aber noch immer zu haben waren, machten säuerliche Mienen.

Nein, hatte die Steffi Wagnitz sich aber herausgemausert; gar nicht zum Wiedererkennen! Man erinnerte sich, daß ihre Verlobung damals großes Aufsehen gemacht, denn Drehsa hatte für eine sehr gute Partie gegolten, und man besprach ihre Erscheinung, ihr schwarzes Haar, ihre dunklen Augen, den fremdländischen Schnitt ihres Gesichts. Woher hatte sie das? Ach so — die Mutter war ja Spanierin und eine geborene Gräfin Valdera gewesen; daher kam es wohl. Was mochte diese junge Frau in den vergangenen sechs Jahren alles erlebt und durchlebt haben, sie, die in Indien und in Persien gewesen war.

Nicht nur bewundernde, auch neidvolle Blicke folgten der entzückenden Erscheinung der jungen Frau, die als fremder Vogel zurückkam ins alte Nest.

Steffani war gar nicht gewillt gewesen, heute zu tanzen, aber nachdem sie mit Blinsky begonnen, meldeten sich nach und nach fast alle ihre früheren Tänzer und begehrten einen Erinnerungstanz. Das war reizend, wie ein Zurückleben, und sie wies keinen ab, wunderte sich nur, daß Ottokarl Treben sich bisher bei ihr nicht gemeldet. Dann erschrak sie fast, als er sich endlich vor ihr verneigte und aus seinem hübschen, froh lachenden Gesicht die kecken braunen Augen sie anblitzten — wie einst. Eine heiße Welle durchflutete sie, und ihr Herz begann schneller zu schlagen. Dann sagte er in bewunderndem Ton: „Wie du dich verändert hast, Steffani, in der großen Welt; beinah fremd erscheinst du mir."

„Wirklich — findest du? Nun von dir kann ich das Gegenteil behaupten, du scheinst mir noch ganz derselbe zu sein und nicht ein bißchen älter geworden," erwiderte sie und betrachtete ihn lächelnd.

„Ja, noch ganz derselbe!" sagte er mit heißem Blick.

Sie dankte ihm nochmals für die Ueberlassung seines Wagens; er wehrte lachend ab: „Ist doch nicht der Rede wert; für mich war es ein glücklicher Zufall, daß gerade du dich in dem verunglückten Waegn befandest und ich dir einen geringen Dienst erweisen durfte."

Nun verneigte sich vor Steffani ein langer Gardereiter, dem sie der nächsten Tanz zusagte, und Treben sah ihrer hohen Gestalt nach, als das Paar sich entfernte.

„Wie ist sie schön geworden!" dachte er.

*

Als nach dem Abendessen Gräfin Steffani Drehsa mit ihrem Vetter Ottokarl Treben eine Quadrille tanzte, rief das bei manchen besondere Aufmerksamkeit hervor. Man erinnerte sich an frühere Beziehungen zwischen den beiden und an das aufsehenerregende Ereignis, als Treben sich mit der rothaarigen Amerikanerin Miß Percy verlobt und gleich darauf Steffanis Verlobung mit dem Grafen Drehsa bekanntgemacht wurde.

„Alte Liebe rostet nicht!" sagte mit breitem Lächeln Frau von Wyborg, die mit anderen alten Damen zusammen saß und dem Tanze zuschaute. Dabei wies sie mit dem Lorgnon auf Steffani und Treben, die gerade vor ihnen tanzten.

„Aber wieso denn, Exzellenz!" erwiderte die kleine Frau v. Berning; sie war eine geborene Wagnitz und Steffanis Tante.

„Na, ich meine ja nur, ich will nichts damit sagen, bewahre!" versicherte Frau v. Wyborg. „Ich meine nur," fuhr sie nach einer Weile zögernd fort, „es bestand doch mal so 'ne Jugendfreundschaft zwischen der Steffani und dem Ottokarl Treben — nicht? Waren sie nicht auch einmal verlobt — wie? Heimlich natürlich — nein? Es war doch davon die Rede gewesen, ehe damals die Steffani sich mit Drehsa verlobte, soweit ich mich erinnern kann."

„Niemals — niemals!" versicherte eifrig Frau v. Berning, und man sah ihr an, daß die Aufwärmung des alten Klatsches sie peinlich berührte.

Aber Frau v. Wyborg ließ nicht locker: „Geredet wurde, das weiß ich noch genau, aber vielleicht eben nur, weil man sie damals so häufig zusammen sah. Wir nannten sie immer die Unzertrennlichen."

„Nun ja, aber da war nichts dabei, nicht wahr? Ottokarl ist doch ein Vetter von den Wagnitzern und verkehrte mit den Mädchen wie ein Bruder. Als Junge war er ja immer mehr in Wagnitz als in Mellin."

„Nu, die Verwandtschaft ist doch ziemlich weit hergeholt."

„Aber sie erklärt die Vertrautheit, die damals zwischen Ottokarl und Steffani bestand. Von einer heimlichen Verlobung konnte nie die Rede sein." — „Aber lieb haben die zwei sich doch gehabt, das lasse ich mir nicht nehmen, und wenn der Ottokarl Treben sich damals nicht mit der Amerikanerin verlobt hätte, wer weiß, wo die Steffani den Drehsa genommen hätte," meinte nachdrücklich Frau v. Wyborg und sah durch ihr gestieltes Augenglas scharf nach den Tanzenden.

„Schade", sagte sie nach einer Pause, es ist doch ein zu schönes Paar; wie füreinander geschaffen. Und jetzt, wo Treben Mellin erbte, wäre er doch der richtige Mann für die Steffani gewesen — nicht? Der Drehsa, liebe Frau v. Berning, gefällt mir jetzt gar nicht so recht, so alt und verlebt sieht der Mann aus, da kann einem die Steffani beinah dauern. Schön ist sie geworden, ich habe sie ja kaum erkannt. So 'ne blühende, lebensvolle Frau, und nun der alternde Mann ihr zur Seite — Nee, wenn ich da den Treben mit ihr seh' — schade! Man könnte beinah Angst bekommen, daß da alte Gefühle wieder erwachen — nicht?"

Auch Frau v. Berning beobachtete die Tanzenden und mußte gestehen, daß man ein schöneres Paar sich kaum denken konnte. „Wirklich, wie für einander geschaffen," dachte auch sie mit einem Seufzer. Sie liebte Steffani sehr, und seit sie Drehsa jetzt wiedergesehen, meinte sie, daß die Nichte mit ihm nicht glücklich sein konnte. So schweigsam und so ernst war er immer. Verglich Steffani den Gatten mit Treben, mußte alles ja zu des Vetters Gunsten sprechen. Noch funkelhaft frisch erschien er, trotz seiner zweiunddreißig Jahre, in dem kleidsamen hellblauen Attila, und wie hübsch das braune Haar sich an seinem Scheitel lockte, wie lebensfroh seine kecken, braunen Augen aus dem hübschen Gesicht lachten. Steffani war fast ebenso groß wie er, schlank und hoch und noch so jung, wenn man an ihrer Haltung auch die junge Frau erkannte und die Dame von Welt, die es gewöhnt ist, sich in großer Gesellschaft zu bewegen. Die kleine Steffi Wagnitz sah man ihr nicht mehr an, das beruhigte Frau v. Berning beinah, denn sie sagte sich, daß eine verwandte Frau wie Steffi sich nichts vergab, wenn sie auch mit einem Vetter tanzte, für den sie als junges Ding einmal geschwärmt.

(Fortsetzung folgt.)

des Rektoratsschulkuratoriums entfielen 5 Sitze auf die Liste der Mehrheitssozialdemokraten, 2 Sitze auf die Liste des Zentrums, 1 Sitz auf die Volkspartei und 1 Sitz auf die Polen. Es gehören somit zum Kuratorium die Herren Manhoff, Schäfer, Schrey, Pieper, Koch, Dr. Sassen, Rechtsanwalt Danne, Direktor Müller und Stanislawski. Bei der Westfälischen Straßenbahn soll dahin gewirkt werden, daß die Altersgrenze für Bewilligung von Schülerkarten heraufgesetzt wird. Zur Verbilligung der Milchpreise für bedürftige Einwohner bewilligt die Gemeinde ein Drittel zu den vom Staate gewährten Beihilfen. Damit die armen Schulkinder in Zukunft von den Schulwanderungen wegen Mittellosigkeit nicht ausgeschlossen bleiben, wird ein Betrag von 20 000 Mark für diese Zwecke bewilligt. In den Fürsorgeausschuß zur Durchführung der Erwerbslosenfürsorge werden als Ersatzleute gewählt Kaufmann Smitmanns, Fräulein Hedwig Engel und Clemens Kierse. Zur Teilnahme an der Wohnungskonferenz in Hagen werden verschiedene Mitglieder aus der Gemeindevertretung bestimmt. Die Arbeit des Gemeindevorstehers hat derart an Umfang zugenommen, insbesondere auch durch die Einführung des Reichsmietengesetzes, daß es dem Gemeindevorsteher nicht mehr möglich ist, seine bisherige Privatarbeit auf der Zeche zu verrichten. Es wird daher einstimmig beschlossen, dem jeweiligen Gemeindevorsteher die Möglichkeit zu geben, sich seiner Tätigkeit als Gemeindevorsteher voll widmen zu können. Dementsprechend wird einstimmmig eine entsprechende Besoldung für den jeweiligen Stelleninhaber dieses Amtes festgesetzt. Nachdem die Gemeinde Bauterrain von dem Landwirt Wilhelms gekauft hat, sind bereits eine Anzahl Gesuche um Verkauf von Bauplätzen bei der Gemeinde eingegangen. Ueber die Kaufgesuche soll entschieden werden, sobald das Bauamt einen Aufteilungsplan für das ganze Bauterrain vorgelegt hat.

Aus der Nachbarschaft.

r. **Linden**, 19. Juli. Der Landwirt N. von hier litt dem Vernehmen nach infolge einer Krankheit, die ihm zu Kopfe gestiegen war, seit längerer Zeit an Schwermut. Nunmehr hat der Aermste, der in den besten Verhältnissen lebte, aber in seinem traurigen Zustande glaubte, nicht auskommen zu können, seinem Dasein ein jähes Ende bereitet.

R. **Hattingen**, 19. Juli. Der Wert der Natural- und Sachbezüge wurde zur Berücksichtigung des Steuerabzugs vom Arbeitslohn vom 1. Juli cr. ab vom Finanzamt wie folgt festgesetzt. Derselbe beträgt 1. für Dienstboten (männliche und weibliche), Ackerknechte, Lehrlinge und Lehrmädchen pro Tag 15 Mk., pro Monat 450 Mk. und für das Jahr 5400 Mk., 2. für weibliche Angestellte pro Tag 21 Mk., pro Monat 630 Mk. und für das Jahr 7560 Mk. und 3. für männliche Angestellte für den Tag 27 Mk., für den Monat 810 Mk. und fürs Jahr 9720 Mk. Die Beiträge verteilen sich im einzelnen folgendermaßen: a) Für freie Wohnung ohne Naturalbezüge ein Fünftel, b) für das erste und zweite Frühstück ein Fünftel, c) für das Mittagessen zwei Fünftel und d) fürs Abendessen ein Fünftel. Obige Festsetzung gilt für unverheiratete Arbeiter. Wenn mehrere Familienmitglieder gemeinsam Natural- und Sachbezüge genießen, dann kann bei Meinungsverschiedenheiten das Finanzamt den Wert festsetzen. Gegen früher beträgt obige Festsetzung eine Erhöhung von 50 Prozent. Sonst sind Aenderungen nicht eingetreten. — Die neuerrichtete Mauer auf dem Kliff (Haus vom Stein) wurde in der vergangenen Woche nachts zertrümmert. Der Besitzer, Herr Heinrich Ibing, Düsseldorf, Rempeldorfer Straße 1, setzt auf die Angabe der Täter 500 Mark als Belohnung.

b. **Baak**, 19. Juli. Durch Einbruch wurde die Kantine an der Bochumer Wasserwerksanlage schwer heimgesucht. Der oder die Einbrecher nahmen vornehmlich Tabak, Zigarren, Zigaretten und noch verschiedene andere Sachen mit, um dann im Dunkel der Nacht zu verschwinden. Der Verdacht der Täterschaft lenkte sich auf einen am Wasserwerk beschäftigten Arbeiter, der aber entlassen werden mußte Nach seiner Festnahme und Vorführung zum Verhör in Hattingen wurde er aber wegen Mangels an Beweisen freigelassen.

Aus den Provinzen.

nbl. **Gelsenkirchen**, 20. Juli. Großer Pelzwarendiebstahl. Im Spezial-Pelzgeschäft Gebrüder Tenthoff, Ahstraße, verübten bisher unbekannte Diebe während der Mittagsstunden einen Diebstahl, bei dem sie eine Anzahl Pelze, darunter u. a. einige Blaufüchse, erbeuteten. Die Ladentür war mit einem Nachschlüssel geöffnet worden. Der Gesamtwert beläuft sich auf mehrere Hunderttausend Mark. Die Täter sind zweifellos mit den örtlichen Verhältnissen sehr vertraut gewesen und waren auch ohne Zweifel Kenner, denn sie haben nur die wertvollsten Sachen an sich genommen. Für zweckdienliche Angaben — Ergreifung der Diebe und Wiedererlangung der Waren — ist eine Belohnung von 20 000 Mark ausgesetzt.

nbl. **Dortmund**, 20. Juli. Wegen Preistreiberei in alten Möbeln wurde der Möbelhändler Heinrich Groß in Dortmund vom hiesigen Wuchergericht gemäß dem Antrag des Staatsanwalts zu 10 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Gr. hatte ein Buffet mit Sofa-Umbau und einen Tisch alt gekauft, dafür 2200 Mark ausgegeben, diese Möbel etwas aufgefrischt und für 7000 Mark wieder verkauft. Auf einer Auktion erstand er für 5000 Mark ein Buffet mit Ausziehtisch und sechs Stühlen, frischte diese Sachen auf und wollte sie zu 11 500 bezw. 13 000 Mark wieder verkaufen, schließlich ging er herunter auf 9500 Mark.

* **Münster**, 20. Juli. Eine Postkarte innerhalb Deutschlands 17 Jahre unterwegs. In diesen Tagen wurde einer hier wohnenden Familie eine Postkarte zugestellt, welche am 5. 8. 05 mit dem Poststempel Trier aufgegeben war. Sie trug auch den Stempel Münster 5. 8. 05 5—6 N. und Münster 11. 7. 22 9 10 V., muß also schon vor 17 Jahren im Besitz der hiesigen Post gewesen sein. Was die verspätete Bestellung veranlaßt hat, wird wohl nicht aufzuklären sein; sowohl Schreiber als Adressat der Karte sind längst verstorben. Bei der Zustellung der Karte wurde 1,90 Mk. Strafporto erhoben, statt daß die Postverwaltung sich wegen der Verspätung um 17 Jahre (von 1905 bis 1922) entschuldigt hätte.

* **Paderborn**, 19. Juli. Große Aufregung rief gestern vormittag ein Vorfall im Sitzungssaal des Landgerichts hervor. Vor den Schranken des Gerichts stand wieder einmal der bekannte Einbrecher Thöne mit seinem Komplizen Drewes und verschiedenen Hehlern, unter ihnen die Mutter des Thöne. Als eben das Urteil verkündet war, riß plötzlich mit einer schnellen Bewegung der eine der Angeklagten, Drewes, einen Gegenstand aus der Tasche, der genau die Form einer Handgranate hatte, machte eine Bewegung, als ob er die Handgranate abziehe und schleuderte sie mit den Worten: „So, da sollt Ihr auch etwas haben" in den Saal. Die Wirkung auf die im Saale Anwesenden war begreiflicherweise niederschmetternd. Alles stob entsetzt auseinander. Die einen verkrochen sich hinter Tischen und Bänken, die anderen sprangen spornstreichs durch Fenster oder drängten zur Tür. Aber drinnen im Saale blieb alles ruhig, eine Explosion erfolgte nicht, denn es war nur eine imitierte Handgranate gewesen, ein Stück Holz nur zum Glück und sonst nichts weiter. Es ist anzunehmen, daß der saubere Bursche, der sich diesen üblen „Scherz" leistete, Verwirrung im Saale hervorrufen wollte, um dann zu entkommen. Das glückte indessen nicht. Denn die Polizeibeamten hatten trotz der „Handgranate" standgehalten, die Wachtmeister Platz und Tange stürzten sich sofort, als die vermeintliche Handgranate geworfen war, mit anerkennenswerter Unerschrockenheit auf die beiden Verbrecher, so daß aus der Flucht nichts wurde. Der „Spaß" dürfte dem frechen Burschen mit Recht teuer zu stehen kommen.

nbl. **Mülheim**, 20. Juli. Einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist der in der Oberstraße wohnhaft gewesene Lehrer a. D. Hermann Teich. Die Leiche wurde vor der auf Montag nachmittag angesetzten Beerdigung obduziert, die Beerdigung fand deshalb erst am Dienstag statt. Die Obduktion ergab, daß die Todesursache eine Mißhandlung gewesen ist. Lehrer Teich kam vor einigen Abenden gegen 10 Uhr nach Hause. Bald danach fanden ihn Straßenpassanten vor dem Hause auf der Straße liegen. Zwei Rippen waren zerbrochen und die Lunge verletzt. Es stellte sich heraus, daß der Mann von einem Hausgenossen auf die Straße geworfen worden ist. Der Täter wurde verhaftet und ins Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert. Der Schwerverletzte wurde ins Krankenhaus eingeliefert; er konnte jedoch nur noch ganz kurze Antwort geben, und bald danach konnte er überhaupt nicht mehr sprechen.

nbl. **Dinslaken**, 20. Juli. Augenerkrankungen der Bergmannskinder. Unter den Kindern der Bergleute tritt, wie die schulärztliche Untersuchung der Schulkinder der Stadt Dinslaken ergeben hat, in letzter Zeit häufig eine ansteckende Augenkrankheit auf. Ueber das Auftreten und die Bekämpfung dieser Krankheit wird folgendes mitgeteilt: Seit Monaten schon leiden zahlreiche Bergleute des gesamten Ruhrkohlengebietes an einer bestimmten Form ansteckender Augenbindehautentzündung, die sich leicht auf die Angehörigen überträgt und in erster Linie durch die Schulen weiterverbreitet wird. Die Krankheit zeigt sich äußerlich in Form mehr oder weniger stark geröteter Augäpfel und geröteter und geschwollener Augenlider. Die Kinder sind sehr empfindlich gegen Licht, die Augen jucken und brennen. Durch das Reiben der Augen wird die im hohen Grade ansteckungsfähige Absonderung auf die Hände und die täglichen Gebrauchsgegenstände übertragen. Die Uebertragung geschieht wohl am häufigsten durch den Gebrauch gemeinsamen Waschgeschirrs und gemeinsamer Handtücher. Um dieses hartnäckige und quälende Leiden unter den Schulkindern wirksam zu bekämpfen, ist es dringend notwendig, die erkrankten Kinder sofort vom weiteren Schulbesuch zu befreien und sie ärztlicher Behandlung zuzuführen. Diese ist dringend erforderlich, um schweren Folgeerscheinungen vorzubeugen.

Handel / Industrie / Verkehr

1 Dollar am 20. Juli 498 Mark.
(Nach der amtlichen Berliner Notierung) „ 19. „ 489 „

Rhein.-Westf. Devisenmarkt.

p. Auf dem Devisenmarkte trat im Laufe des gerigen Nachmittags nach einer morgens beobachteten Aufwärtsbewegung, die auf größere Käufe des Handels und der Industrie zurückzuführen waren, wieder eine Abschwächung ein. Gegen Abend wurden bei lustlosem Verkehr genannt: **Holland 19 100—19 200, Belgien 3900—3950, Frankreich 4100—4150, England 2180—2220, Newyork 492—495, Schweiz 9390 (Geld).**

Die Kohlenförderung des Ruhrbeckens im Monat Juni 1922.

Die Kohlenförderung des Ruhrbeckens (einschließlich der linksrheinischen Zechen) hat betragen:

	Gesamtförderung:	Zahl der Arbeitstage:	arbeitstägliche Förderung:
Juni 1922	7 078 861 t	23¾	298 036 t
Mai 1922	8 081 951 t	26	310 844 t
Juni 1921	7 753 350 t	25¼	307 063 t
Juni 1913	9 586 385 t	25	383 455 t

Im Juni 1922 war mithin die Gesamtförderung rund 1 Million To. niedriger als im Mai 1922. Im Vergleich zum Juni 1921 war im Berichtsmonat eine Minderförderung von rund 675 000 To., und im Vergleich zum Juni 1913 eine Minderförderung von rd. 2,5 Mill. To. zu verzeichnen. Das ungünstige Gesamtergebnis ist in der Hauptsache auf die geringe Zahl der Arbeitstage zurückzuführen. Aber auch die arbeitstägliche Förderung war im Juni 1922 ungewöhnlich niedrig. Sie stellte sich rd. 12 800 To. niedriger als im Mai 1922 und rd. 35 800 To. niedriger als im März 1922 (arbeitstägliche Förderung 333 862 To.). Es ist dies das ungünstigste Ergebnis, das der Ruhrbergbau seit August 1920 zu verzeichnen hatte.

Die Kokserstellung betrug im Juni 1922 2 020 200 To. oder täglich 67 340 To., gegen 2 075 238 To. oder täglich 66 943 To. im Mai 1922. An Briketts wurden hergestellt im Juni 1922 283 514 To. (arbeitstäglich 11 937 To.) gegen 298 934 To. (arbeitstäglich 11 499 To.) im Mai 1922. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter stellte sich Ende Juni 1922 auf 535 861 gegen 545 640 Ende Mai 1922. Von der Eisenbahn wurden im Berichtsmonat insgesamt 537 310 Wagen gestellt, d. s. arbeitstäglich 21 273 Wagen. Die höchste Gestellung war am 26. 6. mit 22 771 Wagen, die niedrigste am 28. 6. mit 15 406 Wagen. Gefehlt haben an den drei ersten Tagen des Monats 846 Wagen.

Nebenproduktengewinnung.

Schwefelsaures Ammoniak: Obwohl die Frühjahrsbestellung vorbei ist, war die Nachfrage so stark, daß die erzeugten Mengen schw. Ammoniak glatt abgesetzt werden konnten. Infolge der am 1. ds. Mts. eingetretenen Erhöhung der Kohlenpreise mußten auch die Preise des schw. Ammoniaks eine weitere Erhöhung um rund 30 Prozent erfahren.

Benzol: Die am 1. Juli ds. Js. eingetretene wesentliche Kohlenpreissteigerung hat in Verbindung mit den seit der letzten Preisfestsetzung für Benzole vom 1. April ds. Js. gewaltig angewachsenen Selbstkosten eine Heraufsetzung der Benzolpreise zur Folge gehabt. Der Benzol-Verband, Bochum, hat die Verkaufspreise seiner in allen Teilen des Reiches befindlichen Verkaufsstellen wie folgt festgesetzt: Tetralitbenzol 32,25 Mk. je Kg., gereinigtes B. B. Motorenbenzol 41 Mk. je Kg., gereinigtes Toluol 43,25 Mk. je Kg., gereinigtes Lösungsbenzol I 36,75 Mk. je Kg., gereinigtes Lösungsbenzol II 33,25 Mk. je Kg., Benzol-Vorlauf 33,75 Mk. je Kg., ungereinigtes Schwerbenzol 28 Mk. je Kg. Die Nachfrage nach Benzol-Erzeugnissen und vor allen Dingen nach dem im Oktober-November vorigen Jahres eingeführten Tetralitbenzol hat derartigen Umfang angenommen, daß bei den Verkaufsstellen nennenswerte Lagervorräte nicht mehr vorhanden sind. Der deutsche Verbrauch an Tetralitbenzol, das seit seiner Einführung als rein deutscher Betriebsstoff aus unsern heimischen Rohstoffen: Benzol, Spiritus und Tetralin, den ungerechtfertigten Angriffen des Wettbewerbs des ausländischen Benzins ausgesetzt war, ist inzwischen derartig gestiegen, daß er den Benzin-Verbrauch in Deutschland wesentlich überflügelt hat. Ein beachtenswerter Erfolg der deutschen Benzolindustrie!

* **Steinkohlenbergwerke Becker, A.-G. in Bochum.** In der a. o. H.-V. waren 65 Millionen Mark Stammaktien und 5 Millionen Mk. Vorzugsaktien — durch die industrielle Bankgesellschaft in Düsseldorf allein 55 Millionen Mk. Stammaktien — vertreten. Der Antrag auf Verdoppelung des 10fachen Stimmrechtes der 5 Millionen Mk. Vorzugsaktien auf das 20fache, das mit der Hinterlegung der Aktienmajorität bei der Regierung mit Bezug auf den Schweizer Kohlenlieferungsvertrag zusammenhängt, wurde einstimmig genehmigt und der Aufsichtsratsvorsitzende durch entsprechende Satzungsänderungen ermächtigt, aus den Kreisen des Aufsichtsrats besondere Kommissionen zur Erledigung von bestimmten Fragen zu ernennen. Generaldirektor Bergassessor Freimuth berichtete dann noch über die Lage der Zechen und bemerkte, daß eine angemessene Dividende zur Verteilung kommen werde, was umso bemerkenswerter sei, als die Herbeder Anlagen zu diesem günstigen Ergebnis bisher nicht beigetragen hätten.

p. **Stahlwerk Becker, A.-G., Willich.** Der Aufsichtsrat beantragt für 1921-22 eine Dividende von 35 Proz. auf die Stammaktien (20 Proz. i. V.) und 6 Prozent auf die Vorzugsaktien.

* **In der Vollsitzung des Reichskalirates** wurde ein Antrag des Deutschen Kalisyndikats, G. m. b. H., auf Erhöhung der Inlandspreise für Kalirohsalze erörtert. Dieser Antrag, der mit Wirkung ab 20. Juli eine Preiserhöhung von 25 Prozent für Kalisalze und Kalisalzfabrikate vorsieht, wurde von allen gegen zwei Vertretern der landwirtschaftlichen Verbraucher angenommen. Außerdem wurden zu den in der Bekanntmachung des Reichskalirats vom 29. 4. festgelegten Inlandshöchstpreisen entsprechende Preiszuschläge festgesetzt. Desgleichen auch für die in der Bekanntmachung genannten Kalisalzfabrikate Aufschläge zu den Höchstpreisen für das Inland beschlossen. Von dieser Preiserhöhung sollen ausgeschlossen sein alle bis zum 15. Juni beim Deutschen Kalisyndikat eingegangenen Aufträge der inländischen Landwirtschaft und Industrie, welche noch zu Maipreisen abzüglich der vereinbarten Rabatte erledigt werden sollen. Die landwirtschaftlichen Verbraucher begründen ihre ablehnende Haltung mit Rücksicht auf die durch die Getreideumlage geschaffenen Verhältnisse. Ferner wurde beschlossen, beim Reichswirtschaftsminister zu beantragen, allgemein Ausnahmen dahin zu erteilen, daß stillgelegte Werke die Förderung von Steinsalz fortsetzen dürfen.

Berliner Börsenkurse.

vom 20. Juli 1922.

	19. 7.	20. 7.
Bankaktien		
Barmer Bankv	215.50	215.—
Com.u.Privatb.	286.50	286.—
Darmst. Bank	271.—	272.—
Deutsche Bank	490.—	485.—
Disconto-Ges.	395.50	393.—
Dresdner Bank	293.—	290.—
Ess.Cred.Anst.	250.—	248.50
Reichsbank	201.50	205.50
Brauereiaktien		
Boch. Viktoria	—.—	575.—
Dortm. Aktien	750.—	760.—
Dortm. Union	845.—	847.—
MüserLangend	740.—	710.—
Schleg.Scharp.	—.—	—.—
Schiffahrtsaktien		
Hamb.Am.Pak.	445.—	442.—
Nordd. Lloyd	328.—	326.75
Industrieaktien		
Adlerwerke	495.—	500.—
Akkumul. Hag.	1140.	1148.
Allg.Elekt.Ges.	732.—	755.—
Anglo Guano	1665.	1703.
Annener Guss	745.—	750.—
Arenberg	—.—	—.—
Bad. Anilin	820.—	830.—
Balcke Masch.	900.—	905.—
Baroper Walz.	940.—	990.—
Bergm. Elektr.	508.—	600.—
Bismarckhütte	1825.	—.—
Boch. Gels. Str.	—.—	—.—
Boch. Gußstahl	1245.	1267.
Braunk. u. Brik.	1035.	1026.
Buderus Eisen	705.—	702.—
Busch Lüdensch	1240.	1300.
Caro	669.—	681.—
Chem. Griesh.	802.—	830.—
Chem. Weiler	635.—	649.—
Chem.Ind.Gels.	2630.	2575.
ConcordiaBerg	1690.	1698.
Cons. Schalke	—.—	—.—
Daimler Mot.	425.—	442.—
D.-Lux. Bergw.	1111.	1135.
Deutsche Erdöl	—.—	2350.
Deutsche Kali	1860.	1900.
Deutsch.Masch	693.—	701.—
D. Schachtbau	2450.	2450.
Deutsch. Walf.	1485.	1520.
DittmannNeuh.	5600.	5650.
Dürkopp	585.—	625.—
Dynamit Nobel	700.—	701.—
Eintr. Braunk.	1600.	1550.
Elberf. Farben	725.—	749.—
Eschw. Bergw.	870.—	895.50
Essener Steink.	1265.	1300.
Flensb.Schiffsb	830.—	840.—
Gasmot. Deutz	755.—	779.—
Gels. Bergw.	1305.	1234.
Gels Gußstahl	801.—	830.—
Glas Schalke	3800.	3800.
Goldschmidt	890.—	920.—
Harp. Bergw.	2240.	2435.
Hasp. Eis. u. St.	—.—	—.—
Heckmann C.	3150.	3195.
Hirsch Kupfer	850.—	875.—
Hohenlohe	740.—	794.—
Howaldswerke	650.—	650.—
Höchst Farben	730.—	736.—
Hösch Stahlw.	1296.	1270.
Humb. Masch.	585.—	590.—
lise Bergbau	1320.	1312.
Kali Aschersl.	1065.	1110.
Köln Neuessen	1295.	1290.
Königsborn	1790.	1800.
Küppersbusch	1700.	1740.
Lahmeyer&Co.	400.—	403.—
Laurahütte	2230.	2075.
Magd. Bergw.	1450.	1450.
Mannesmann	1095.	1120.
Mark Zement	1190.	1190.
Masch. A.-Nb	900.—	—.—
Masch. Baum	1210.	—.—
Müh. Bergw.	1650.	1800.
Nation. Autom	444.—	490.—
Oberschl. Bed.	891.—	905.50
Orenst. Koppel	1065.	1100.
Phönix Bergw.	1320.	1360.
ReisholzPapier	519.—	550.—
Rh.Braunkohle	1612.	1650.
Rh.Stahlwerke	1140.	—.—
Riebeck Mont.	1300.	1735.
Romb. Hütte	530.—	542.—
Rütgerswerke	678.—	705.—
Sarottis Schok	1120.	1150.
Siemens Ha.ke	1040.	1055.
Schuckert Co.	708.—	705.—
Schwelm.Eisen	2900.	2900.
Thale Eisen	—.—	—.—
Westfalia Els.	1610.	1610.
Westf. Drahtw	505.—	543.—
„ Eis. u. Draht	575.—	590.—
Wicking Zem.	1005.	1005.
Witt. Gusstahl	—.—	2800.
Zellst. Waldhof	712.—	720.—

* **Berliner Wertpapierbörse** vom 20. Juli. Die hinsögernde Haltung der Reparationskommission in der Moratoriumsfrage hat das in Industrie- und Börsenkreisen ohnehin vorhandene Gefühl der Unsicherheit, Besorgnis und Mißtrauen in die deutsche Finanzlage verstärkt und den Anstoß zu erneuten scharfen Steigerungen der Devisenpreise gegeben, die bereits wieder nicht weit entfernt von den Höchstkursen zum Monatsanfang sind. Der Dollar wurde vormittags bis 533 bezahlt und ging am Anfang der Börse auf 520 zurück. Auch das Geschäft am Effektenmarkt blieb äußerst ruhig. Unternehmungslust der Spekulation und des Privatpublikums zeigte sich nirgends. Immerhin war eine gewisse Festigkeit in den Devisenpapieren bei Kurssteigerungen von 10 bis vereinzelt 30 Prozent unverkennbar. Zeitweise trat eine sprunghafte Aufwärtsbewegung von Harpenern um 300 Prozent ein, die aber nicht voll behauptet werden konnte. Auch oberschlesische Werte wurden nicht unbeträchtlich höher bezahlt.

p. **Essener Kurenbörse** vom 20. Juli. Die Börse verkehrte wieder in ruhiger aber behaupteter Haltung. Von schweren Kohlenkuxen waren Graf Bismarck zu etwas höheren Kursen vereinzelt im Verkehr. Auch linksrheinische Werte waren etwas befestigt. Kohlenaktien waren auf letzter Basis im Handel. In Braunkohlenwerten fand ein Umsatz zu erhöhten Preisen in Oskarssegen statt; die übrigen Werte waren geschäftslos. Kalikuxe waren unter Führung von Bergmannssegen, Hugo und Hohenfels fester; sonst waren noch im Verkehr Glückauf-Sondershausen, Einigkeit, Johannashall, Volkenroda und Waldeck. Kaliaktien höher bei ruhigem Geschäft. Unnotierte Werte lagen still ohne wesentliche Kursveränderungen.

Commerz- u. Privat-Bank Akt.-Gesellsch.
Filiale Bochum, Wilhelmsplatz 10.
Telefon Nr. 3572—3575. Telegr.-Adr. Hanseatic.
Wir sind unter Vorbehalt für

Kohlenwerte

Name	Käufer	Verk.	Name	Käufer	Verk.
Adler-Aktien	495	530	Graf Schwerin	390000	430000
Admiral	90000	—	Heinrich	125000	150000
Alte Haase	53000	59000	Helene & Amal.	—	—
Blankenburg	265	300	Joh. Deimelsb.	150000	175000
Carl Friedrich	210	240	König Ludwig	1 000 000	1 200 000
Caroline	46000	76000	Langenbrahm	225000	245000
Carolus Magn.	102000	115000	LothringenAkt	2000	2075
Constant.d.Gr.	750000	—	Mansfeld	390	410
Diergardt	126000	130000	Moers	66000	69000
Ewald	1 150 000	1 225 000	Oespel	—	—
Fr.Vog.u.Unv.	—	—	Schürb. & Charl	100000	—
Fröhl.Morgens	—	—	ver. Trappe	51000	53000
Glückaufsegen	107000	115000	Trier	—	—
Gottessegen	85000	—	Wilhelm.Mevis	118000	128000
Graf Bismarck	900000	950000			

Braunkohlenwerte

Bruckd.-Nietl.	140000	—	Michel	170000	180000
Düren	—	—	Oscarsegen	2350	2600
Gute Hoffnung	60000	64000	Vesta	103000	—
Leonhardt	170000	—	Zukunft Akt.	825	—

Kaliwerte

Alexandershall	150000	165000	Hüpstedt	70500	72500
Asse	103000	107000	Johannashall	47000	50000
Bergmannssegen	235000	240000	Kaiseroda	350000	425000
Burbach	400000	430000	Königshall	150000	158000
Carlsfund	—	72000	Marie	18000	22000
Carlshall	33000	38000	Marie-Luise	18000	22000
Desdemona	90000	100000	Max	18000	22000
Einigkeit	96000	99000	Meimershaus.	11000	12000
Ellers	49000	53000	Neurode	40000	44000
Felsenfest	70000	74000	Neustaßfurt	—	—
Friedrichroda	48300	49000	Oberhof	27000	28500
Fürstenhall	71000	74000	Prinz Eugen	—	—
Gebra	81000	85000	Ransbach	33000	37000
Glückauf-Sond	300000	330000	Reinhardsbrun	32500	34000
GroßhW.Ernst	56000	—	Rothenberg	12800	13200
Günthershall	60000	63000	Salzmünde	80000	85000
Habighorst	36500	38000	Siegfried I	56000	60000
Hansa-Silberb.	110000	120000	Siegfr. Giesen	123000	134000
Heiligenroda	220000	230000	Thüringen	40500	42000
Helmboldsh.	—	—	Volkenroda	102000	108000
Herfa	40000	44000	Walbeck	74000	76000
Heringen	50000	54000	Wilhelmshall	—	165000
Hildasglück	—	—	Wintershall	1 250 000	1 330 000
Hindenourg	150000	160000			

Kali-Aktien

AdlerStamm-A	1275	1350	Krügershall-A.	720	750
Hall. Kali-Akt.	1230	1260	Ronnenberg-A	—	2850
Heldburg-Akt.	1370	1410	Salzdethfurt-A	2450	2500
Wittekind	725	775	Siegmunds-A.	2475	2525

unnotierte Werte

BeckStahlwAk	430	455	R. Wolf	725	775
Benz alte Akt	515	535	Halbach M.-A.	445	465
Benz junge Akt	500	520	Kabelw Rheydt	590	610
Brückb. Fiend.	785	825	Ludwig Ganz	—	—
Deut. Masch-A	—	—	Lamb. & May	—	—
Dortm.Ritterbr	—	—	Rh.-W.Elekt-A	675	700
Elitewerke-A.	—	—	Verd. Wag.-A.	—	—
Els. Westfalia	—	—	R-W Schachtb	430	460

Veranstaltungen der Deutschen Volkspartei.

Freitag, den 21. Juli 1922.

Jugendgruppe Laer, abends 8 Uhr bei Schulte, Wittenerstraße 13, wöchentliche Zusammenkunft.

Jugendgruppe Marmelshagen, abends 8 Uhr, bei Bergmann, wöchentliche Zusammenkunft.

Jugendgruppe Wiemelhausen, abends 8 Uhr, bei Philipp, Wasserstraße 55, wöchentliche Zusammenkunft.

Jugendgruppe Werne, abends 8 Uhr, bei Kraney wöchentliche Zusammenkunft.
Jöllenbeck, Dorstenerstr., wöchentliche Zusammenkunft.

Samstag, den 22. Juli 1922.

Jugendgruppe Eppendorf, abends 8 Uhr, bei Niggeling, „Deutscher Abend".

Sonntag, den 23. Juli 1922.

Bezirksverein Hamme 2, abends 7½ Uhr, bei Husemann, Wattenscheiderstraße 2. Redner: Herr Droste.

Vereins-Kalender.

Unter dieser Rubrik kostet 1 Zeile 3.— Mark bei Vorauszahlung; bei Rechnungserteilung 3,50 Mark.

Turn-Sport-Verein Hamme 1883. Sonntag abend 8 Uhr: außerordentliche Hauptversammlung beim Vereinswirt H. Hucke, Dorstenerstr. 213.